

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

40. Jahrgang
Nr. 3 – 2017
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

US-Bündnis gegen US-Militärstützpunkte	2
Venezuela: Votum gegen die Gewalt	3
Vollgeld-Initiative: Der Krieg und das Geld	4
Unbeugsamer Friedenskämpfer: 100 Jahre Arthur Villard	5
Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung	6
Der Vertrag zum Verbot der Atomwaffen	7
35 Jahre Genossenschaft Riehentor: Gelebte Solidarität	8

Solidarität mit dem koreanischen Volk

Sorgen ernstnehmen

Der Weltfriedensrat steht solidarisch an der Seite des koreanischen Volkes und seinem Recht, selbst und ohne fremde Einmischung über sein Glück und seine Zukunft zu entscheiden, heisst es in einer Erklärung des WFR-Sekretariates.

«Die Drohungen der US-Regierung und ihrer regionalen Alliierten gegen die Souveränität der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) weisen wir zurück und verurteilen sie. Wir missbilligen die steigende Zahl von Manövern der USA, Südkoreas und Japans in diesem Gebiet ebenso wie die militärische Präsenz von mehr als 28 000 US-Soldaten im Süden der koreanischen Halbinsel. Die Aufstellung des US-Raketenabwehrsystems THAAD in Südkorea stellt eine weitere Eskalationsstufe in der Bedrohungsstrategie dar und zielt auf die Fähigkeit zum Erstschlag, die die Möglichkeit der Vergeltung ausschliesst.»

standsvereinbarung von 1953 durch ein umfassendes Friedensabkommen zwischen beiden Seiten.»

Den berechtigten Sorgen der DVRK könne nicht mit Sanktionen oder Drohungen begegnet werden, die tatsächliche Bedrohung für Frieden und Stabilität in dieser Region gehe vom Streben des Imperialismus nach geostrategischer Dominanz aus.

«Gerade in diesen Tagen erinnern wir daran, dass es die USA waren, die vor 72 Jahren in Hiroshima und Nagasaki als bisher einziges Land das Verbrechen begingen, Atombomben einzusetzen, sich aber selbst bis heute weigern, von der Option eines nuklearen Erstschlags Abstand zu nehmen.»

In seiner Erklärung erneuert der WFR dem koreanischen Volk seine Unterstützung in dessen Kampf gegen die imperialistischen Pläne, für die Verteidigung seiner Souveränität, für die Demilitarisierung und nukleare Abrüstung in der Region sowie die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung seiner Heimat.

Athen, am 9. August 2017
Übersetzung: jW/W

Interview mit Dr. med. Aleida Guevara March

Sein wie der Che

Vom 18. – 26. September weilt die kubanische Kinderärztin Aleida Guevara March in der Schweiz und wird aus Anlass des 50. Todestages ihres Vaters Ernesto «Che» Guevara an verschiedenen Veranstaltungen zu hören sein. Martin Schwander konnte ihr vorgängig einige Fragen stellen. Das Interview wurde schriftlich geführt.

Aleida Guevara, als Mitarbeiterin des Studienzentrums über Che Guevara und als Tochter: Können Sie den immer währenden Hype um Ihren Vater nachvollziehen oder stört er Sie manchmal?

Ich begreife die Liebe und den Respekt gegenüber einem Menschen wie meinem Vater. Hingegen stört mich, wenn sein Bildnis ohne Respekt und aus reiner Gewinnsucht verwendet wird.

50 Jahre nach seinem Tod ist der Che weltweit omnipräsent. Warum hat er in all diesen Jahren nicht an Bedeutung verloren?

Weil er als Mensch sehr kohärent war: Er sagte immer was er dachte und machte, was er sagte. Niemals hat er von jemandem etwas verlangt, das er nicht selbst hätte umsetzen können. Er war mutig, ehrlich und gefühlsvoll. Was mehr kannst Du von einem Menschen verlangen? Wenn man ihn kennt, ist man versucht, ihm nachzueifern und es ist sehr schön, den Respekt und die Bewunderung zu spüren, die ihm entgegengebracht werden, vor allem, wenn es Jugendliche sind.

Ihr Vater hat sich und seiner Familie Privilegien stets verboten. In einem unter dem Titel «Der Sozialismus und der Mensch in Kuba» bekannt gewordenen Brief an Carlos Quijano schrieb er: «In unserem Fall haben wir den Standpunkt verfochten, dass

unsere Kinder dasselbe besitzen und entbehren sollen, was die Kinder der gewöhnlichen Menschen besitzen und entbehren, und unsere Familie muss es begreifen und dafür kämpfen.» Wie weit waren Sie sich als Kind und später als Jugendliche bewusst, Tochter eines Revolutionsführers, wichtigen Ministers und Helden zu sein?

Meine Kindheit verlief sehr schön und ruhig und ich war von Liebe umgeben. Bis zu dem Tag, als mein Vater ermordet wurde, hatte ich keine Ahnung davon wie immens er als Persönlichkeit war. Obwohl ich ihn im Alltag nicht mehr sehen konnte, sprach meine Mutter von ihm, als ob er sich in der Nähe befinden würde. Erst als Teenager begann ich, ihn wirklich zu vermissen und mich zu fragen, warum ich ihn derart gern hatte, obwohl ich doch nur wenig Zeit mit ihm hatte verbringen können. Ich kramte in den Erinnerungen, die mir von ihm geblieben waren und ich war mir sicher, dass er mich auch geliebt hatte, ich begann, seine Schriften zu lesen und ich war erfüllt von einem gewaltigen Stolz, seine Tochter zu sein. Vermutlich waren es aber seine Bescheidenheit, seine Zuneigung zu uns und zu unserer Mutter, die mir am meisten Respekt und Bewunderung abforderten. Er war nach andern Ländern aufgebrochen, um sein Bestes zu geben und liess dafür die Frau zurück, die er liebte, und seine eigenen Kinder. Er wollte eine gerechtere Welt für

alle und er wollte niemanden darum bitten, diesen Traum für ihn an seiner Stelle zu verwirklichen.

Sie wurden Kinderärztin und arbeiten als Spezialistin für pädiatrische Allergologie am William Soler Spital von Havanna. Was hat Ihre Berufswahl beeinflusst?

An erster Stelle sicher mein Vater: Er ist und bleibt für mich das Beispiel, dem ich folgen möchte. Den Ausschlag gegeben hat aber mein Volk, das mir immer mit viel Zuneigung begegnet ist. Wie konnte ich ihm einen Teil dieser Zuneigung zurückgeben? Das kubanische Gesundheitswesen, das für unsere Bevölkerung vollkommen kostenlos ist, erlaubt mir, meinem Volk näher zu sein und ihm etwas von dem zurückzuvorgütigen, was es mir geschenkt hat. Ich mag Kinder sehr, ich habe mit ihnen viel Spass und lerne von ihnen auch immer etwas dazu, zudem ist die Allergologie eine Fachrichtung, die viel mit meinem Alltag zu tun hat. Einerseits leide ich selbst seit meiner frühesten Kindheit an Asthma, andererseits sind Allergien allgemein stark verbreitet in meiner Heimat. So denke ich, dass ich meinem Volk und auch andern gegenüber nützlich sein kann.

Die Blockade der USA, der Wegfall der sozialistischen Verbündeten nach 1989: Wie schwierig war es in jener Zeit, das kubanische Gesundheitswesen, die gesundheitliche Versorgung aller Kubaner aufrecht zu erhalten und erst noch im Ausland zu helfen?

Das war sehr schwierig. Nur unserem System, dem Sozialismus, ist es zu verdanken, dass wir trotzdem vorwärts gehen konnten. Geholfen hat uns auch die riesige Solidarität, die wir von allen Ecken dieser Welt erfahren durften, verbunden natürlich mit

Fortsetzung Seite 2

CHE

Fotoausstellung in neun Städten / exposition de photos dans neuf villes / mostra fotografica in nove città / exposición de fotos en nueve ciudades

- Basel, 11.09.–15.10.2017**
Restaurant Hirschenkeck, Lindenberg 23
jeweils ab 11 Uhr (ausser montags)
Vernissage: 11.09.2017, 19 Uhr
- Bern, 11.09.–09.10.2017**
Quartierzentrum Breitsch-Träff,
Breitenrainplatz 27 und
Genossenschaft Brasserie Lorraine,
Quartiergasse 17
Breitsch-Träff: Mo-Sa 16–20.30 Uhr
Brasserie Lorraine: Di-Sa 09–00.30 Uhr,
So 10–00.30 Uhr
Vernissage: Breitsch-Träff,
11.09.17, 18 Uhr
- Biel/Bienne, ab 11.09.2017**
Landart
- Brig, 11.09.–08.10.2017**
Alter Werkhof
täglich 16–21 Uhr
Vernissage: 11.09.2017, 19 Uhr,
Lesung mit Natalie Belli
«Kuba im Wandel»
- Fribourg, 18.10.–26.11.2017**
Café du Tunnel, Grand-Rue 68
lu-sa, 09–23h
Vernissage: 18.10.2017, 18h
- Genève, 03.–07.10.2017**
Hall Uni Mail,
Boulevard du Pont d'Arve 40
Vernissage: 03.10.2017, 18.30h,
avec S. E. M. Pedro Luis Pedrosa
Cuesta, Ambassadeur, Mission
permanente de la Rép. de Cuba
- Lugano-Massagno, 23.09.–01.10.2017**
Cinema Lux, Via Giuseppe Motta 61
lun a giov 19.30–21.30,
ven 17.30–21.30, sab e dom 15–21.30
Vernissage: 23.09.2017, ore 17
- St. Gallen, 19.10.–04.11.2017**
Buchhandlung Comedia,
Katharinenstrasse 20
Mo-Sa, ab 9.30 Uhr, abends bis 18.30 Uhr,
Do bis 20 Uhr und Sa bis 17 Uhr
Vernissage: 19.10.2017, 20 Uhr,
Lesung mit Natalie Belli
«Kuba im Wandel»
- Zürich, 14.09.–08.10.2017**
Photobastel, Sihlquai 125
Mi-Sa 12–21 Uhr, So 12–18 Uhr
Vernissage: 14.09.2017, 18 Uhr
Finissage: 08.10.2017, 14 Uhr
Lesung mit Natalie Belli
«Kuba im Wandel»

Schlussveranstaltung Kampagne / fête de clôture de la campagne / festa di chiusura della campagna / fiesta de cierre de la campaña: Sa, 07.10.2017, Breitsch-Träff, Bern

Vortragsreihe mit / conférences de / conferenze di / conferencias de DR. ALEIDA GUEVARA MARCH

- Approche globale et féministe de la santé à Cuba**
18.09.2017, 18h
Université de Lausanne,
Auditoire Erna Hamburger,
salle Amphimax 350, UNIL-Sorge
Espagnol avec traduction française
- Lo Che, Cuba et la jeunesse de 2017**
précédé par la projection du documentaire «Le pouvoir des faibles», Cuba/Allemagne 2015, 47' 19.09.2017, 18h
Cinema Rex, Blvd de Perolles 5, Fribourg
Espagnol avec traduction française
- Kubanische Revolution: Errungenschaften und Relevanz für die Welt von heute**
20.09.2017, 19 Uhr
Uni Töbinger, Museumsstrasse, Saal 022, Bern
Spanisch mit deutscher Übersetzung
- Kein Frieden ohne Gerechtigkeit**
21.09.2017, Weltfriedenstag, 19 Uhr
Offene Elisabethenkirche,
Elisabethenstrasse 14, Basel
Spanisch mit deutscher Übersetzung
- Queremos que sean como el Che – das Legat von Che Guevara und das Cuba von heute**
22.09.2017, 19.30 Uhr
Grüner Saal, Volkshaus,
Stauffacherstrasse 60, Zürich
Spanisch mit deutscher Übersetzung
- La presenza del Che nella Cuba di oggi**
23.09.2017, ore 17.30
Cinema Lux, Via Giuseppe Motta 61,
Lugano-Massagno
Spagnolo con traduzione in italiano
- Die Frau in der kubanischen Gesellschaft**
26.09.2017, 20 Uhr
Alter Werkhof, Brig
Spanisch mit deutscher Übersetzung



Solidaridad con Cuba
www.cuba-si.ch

Danke für Ihre Unterstützung!
Vos dons sont les bienvenus!
Grazie per il vostro sostegno!
Gracias por el apoyo a nuestra campaña!
PC 30-36190-7 «Che vivet!»

Fortsetzung von Seite 1

Sein wie der Che

dem unbestreitbaren Willen unserer Bevölkerung, das zu bewahren, was wir unter so vielen Opfern errungen hatten. Fidel und die ganze Führung unseres Landes vermittelten uns das Vertrauen in unsere eigenen Kräfte. So haben wir zum Beispiel Methoden der grünen Medizin und überliefertes Wissen unserer Vorfahren in das gesamte Gesundheitssystem überführt, die Krankheitsprävention intensiviert und mit wenigen aber gezielt und zum Wohle aller eingesetzten Mitteln die wissenschaftlichen Forschungszentren ausgebaut.

Spürt man im kubanischen Alltag und speziell im Gesundheitswesen seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und den USA Lockerungen bezüglich der Wirtschaftsblockade?

Nein. Die Blockade wird weiter aufrechterhalten und es gibt sogar kubanische Ökonomen, die Präsident Obama als den Schlächter der kubanischen Wirtschaft bezeichnen. Tatsächlich haben sich während seiner Präsidentschaft die extraterritorialen Strafen vervielfacht. Damit wurden die Auswirkungen der Blockade weiter verschärft und einer der sensibelsten Bereiche ist genau das Gesundheitswesen. Medikamente sind normalerweise schon teuer im Ankauf, und umso teurer sind sie, wenn sie über viele Zwischenhändler gekauft werden müssen, damit das FBI den Weg zum eigentlichen Verkäufer nicht zurückverfolgen und ihn mit Bussen zwischen 5 bis 10 Millionen Dollar oder dem Verbot belegen kann, seine Produkte in den USA zu vermarkten.

Als Mitarbeiterin des Gesundheitswesens gehören Sie einem Beruf an, der neben den Militärangehörigen wohl am meisten zur internationalen Solidarität Kubas beigetragen hat und beiträgt. Sie selbst waren u.a. in Angola, Ecuador und Nicaragua im Einsatz. «Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker», heisst ein viel zitierter Ausspruch Ihres Vaters...

Dieser Satz ist zwar sehr schön, aber wir wissen nicht, ob der Che ihn wirklich so formuliert hat, zumindest liegt uns dazu kein Dokument vor. Doch wie dem auch sei: Solidarität ist ein Prinzip, das im Sozialismus gelebt wird und uns ermöglicht, als Menschen zu wachsen.

Im Abschiedsbrief, den Ihr Vater Ihnen und Ihren Geschwistern hinterlassen hat, schrieb er, die schönste Fähigkeit eines Revolutionärs sei es, jede Ungerechtigkeit gegenüber irgend jemandem irgendwo auf der Welt bis ins tiefste empfinden zu können. Welche Aspekte seiner Persönlichkeit haben Sie in Ihrem Leben am meisten angespornt?

Durch meine Mutter und durch seine Freunde und Genossen habe ich meinen Vater als jenen kompletten Menschen kennengelernt, der er war und als solcher hat er mein gesamtes Leben beeinflusst.

Die Pioniere in Kuba sagen: «Pioniere für den Kommunismus: Lasst uns sein wie der Che!» Was heisst das heute für ein kubanisches Kind?

Genau, was das Motto ausdrückt: Um eine neue Gesellschaft aufbauen zu können benötigen wir Jugendliche, die dem von Che verkörperten Menschen ähnlich sind. Eine solche Gesellschaft aufzubauen heisst Opfer bringen und nur Menschen, die lieben können, sind auch in der Lage, seine Träume weiter zu führen.

Im bereits erwähnten Brief an Quijano skizzierte Ihr Vater den Menschen des 21. Jahrhunderts, der sich nicht in erster Linie von materiellen Anreizen und Interessen treiben lässt, sondern von seinem revolutionären Bewusst-



Fidel, Aleida und Che Guevara an der Kundgebung zum 1. Mai 1964 auf dem Revolutionsplatz in Havanna. Foto Che-Guevara-Studienzentrum

sein. Wie weit zeichnet sich dieser «neue Mensch» in Kuba bereits ab? Wo sehen Sie im heutigen Kuba die Spuren Ihres Vaters und wo hat sich Kuba anders entwickelt?

Der Neue Mensch wird nie ein fertiges Produkt sein: Immer, wenn wir die Gesellschaft entwickeln, müssen wir auch als Personen wachsen und wiederum die Gesellschaft weiter zu verbessern. Aber die Konturen des Menschen, den unsere Revolution am Erschaffen ist, sind in meinem heutigen Kuba bereits sichtbar. An wen hat sich die Weltgesundheitsorganisation gewandt, als es darum ging, den Ebola-Virus zu bekämpfen? An Kuba, und es waren unsere Fachleute, die nach Afrika gefahren sind, ihr Leben riskierten und erreichten, dass sich die Krankheit nicht weiter ausbreiten konnte. Warum hat die WHO Kuba und nicht ein anderes Land um Hilfe gebeten? Weil unser Gesundheitspersonal zum Respekt und zur Liebe gegenüber den Mitmenschen erzogen worden ist und weil wir schon vor langer Zeit gelernt haben, dass es jedes Opfers eines Einzelnen oder eines Volkes wert ist, wenn das Schicksal der Menschheit auf dem Spiel steht. Das sind die Frauen und Männer, die wir schmieden.

Che: Die ersten Jahre

Zur Ausstellung (siehe Hinweise auf Frontseite) erscheint im Berliner Verlag 8. Mai ein von René Lechleiter herausgegebener Bildband mit 64 Seiten Fotos und 32 Seiten Text und Abbildungen.

Kaufpreis: ca. Fr. 20.– Zu beziehen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89 buecher-waser@bluewin.ch

In seiner Botschaft an die Völker der Welt, die im April 1967 von der Zeitschrift Tricontinental veröffentlicht worden war, schrieb Che Guevara, es sei absolut richtig, jedes unnütze Opfer zu vermeiden. Deshalb sei es so wichtig, die effektiven Möglichkeiten auszumachen, die das abhängige Amerika habe, um sich auf friedlichem Wege zu befreien. Er selbst jedoch schätzte diese Möglichkeiten als gering ein und schien überzeugt, dass es nicht möglich sei, die Freiheit zu erlangen ohne mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. Das chilenische Volk hat wenige Jahre später den friedlichen Weg beschritten und wurde mit Waffengewalt auf grausamste Weise zurückgebunden, auch in Venezuela sind die demokratischen Errungenschaften und die Souveränität bedroht durch Infiltration und gewalttätige Einmischung von Aussen. Sehen Sie in der heutigen Entwicklung in Lateinamerika die Zweifel Ihres Vaters bestätigt?

Ich bin Ärztin, ich wurde erzogen, Leben zu schützen, ich bin Mutter und verteidige das Lächeln meiner Kinder: Dazu brauche ich den Frieden, aber einen Frieden in Würde, wo das menschliche Wesen als solches anerkannt wird, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht oder sexueller Orientierung, wo uns allen die Achtung entgegengebracht wird, die wir verdienen, wo wir das Recht haben, im Krankheitsfall unabhängig von unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten mit allem unterstützt zu werden, was die Wissenschaft im Dienste des Lebens bietet, wo wir alle dieselben Chancen haben uns auszubilden und uns für die Gesellschaft nützlich zu machen: Das ist der Frieden, den wir brauchen und für diesen Frieden werde ich bis zu meinem Lebensende kämpfen.

Die Worte meines Vaters sind nach wie vor von höchster Aktualität. Nehmen Sie diese Botschaft an die

Trikontinentale und ersetzen Sie das Wort Vietnam durch Irak, dann haben Sie genau das, was heute geschieht. Der Che warnt uns ohne Unterlass vor dem Imperialismus der Yankees und ihrem Bestreben, mit Manipulationen und Erpressungen die Welt zu kontrollieren. Er sagt uns aber auch: «Und wenn wir alle es fertigbrächten, uns zu einen, damit unsere Schläge kräftiger und sicherer würden, damit die Hilfe jeglicher Art für die kämpfenden Völker wirkungsvoller würde, wie gross wäre dann die Zukunft und wie greifbar!»

Die Zeiten ändern sich, aber die Grundbedürfnisse der Völker sind dieselben geblieben: Souveränität, Freiheit, Unabhängigkeit, die Möglichkeit in Frieden zu leben, und zwar in Würde. Um diese Grundbedürfnisse zu befriedigen, braucht es tiefgreifende Veränderungen in den alten Gesellschaften, und um diese Veränderungen zu erreichen, müssen wir kämpfen. Der Weg zur Macht kann friedlich erfolgen, aber um diese Macht zu erhalten, müssen die Menschen vorbereitet werden und die erste Waffe dabei ist die Bildung. Unser José Martí schrieb, um frei zu sein sei es unabdingbar, gebildet zu sein, sonst würden wir getäuscht und manipuliert.

Wir sagen, ein geeintes Volk wird nie besiegt und ein bewaffnetes Volk nie gebrochen, deshalb sind wir vorbereitet, unser Land Palme für Palme zu verteidigen, und die Brudervölker unserer Patria Grande, unserer grossen Heimat, unseres Amerika können auf uns zählen.

Aleida, Sie sind aktiv im Weltsozialforum und 2010 wurden Sie von der Antifaschistischen Organisation Bulgariens für Ihren Kampf um den Weltfrieden geehrt. In Basel werden Sie am 21. September, am UNO-Weltfriedenstag an einer Veranstaltung der Schweizerischen Friedensbewegung zum Thema «Kein Frieden ohne Gerechtigkeit» sprechen. Was verbindet Sie mit der Weltfriedensbewegung, mit dem Friedenskampf?

Am Seminar beteiligten sich 248 Friedensbewegte aus 32 Ländern. «Die mit Abstand grössten Delegationen kamen aus Kanada und den USA», berichtet uns Sämi Wanitsch, der die Schweizerische Friedensbewegung vor Ort vertrat. «Sie waren zusammengesetzt aus verschiedensten Organisationen, wie dem USA-Friedensrat, den Veterans for Peace, oder der Socialist Workers Party, die sich teilweise erst in Kuba kennenlernten.» Die Teilnehmer hörten Berichte von Betroffenen etwa aus Okinawa

Bündnis gegen US-Auslands-Militärstützpunkte

Gemeinsame Erklärung

Der US-Friedensrat (Mitglied des Weltfriedensrates) und eine Anzahl bekannter Friedens-, Rechts- und Umweltorganisationen in den Vereinigten Staaten wie beispielsweise WILPF, Veterans for Peace, CODEPINK und International Action Center haben am 27. Juli 2017 ein Bündnis gegen US-Militärstützpunkte im Ausland beschlossen.

In einer gemeinsamen Erklärung, die seit Ende Juli bereits von über Hundert weiteren Organisationen mitunterzeichnet worden ist, halten sie fest:

Wir, die unterzeichnenden Friedens-, Rechts- und Umweltorganisationen und Einzelpersonen unterstützen die folgenden Punkte und verpflichten uns, durch Bildung eines Bündnisses gegen US-Auslands-Militärstützpunkte mit dem Ziel zusammenzuarbeiten, öffentliches Bewusstsein über US-Auslandsmilitärstützpunkte zu wecken und gewaltlosen Massenwiderstand dagegen zu organisieren. Während wir Differenzen in anderen Fragen haben mögen, stimmen wir alle überein, dass US-Auslandsmilitärstützpunkte die Hauptinstrumente imperialer globaler Herrschaft und Umweltzerstörung durch Aggressionskriege und Besetzung sind, und dass die Schliessung von US-Auslandsmilitärstützpunkten einer der ersten notwendigen Schritte zu einer gerechten, friedlichen und zukunftsfähigen Welt sind. Unsere Überzeugung von der Dringlichkeit dieses notwendigen Schrittes beruht auf den folgenden Fakten:

1. Während wir gegen alle Militärstützpunkte im Ausland sind, stellen wir fest, dass die Vereinigten Staaten die höchste Anzahl von Militärstützpunkten ausserhalb ihres Gebiets unterhalten, geschätzt auf fast 1 000 (95% aller ausländischen Stützpunkte in der Welt.) Gegenwärtig befinden sich US-Militärstützpunkte in jedem Land des Persischen Golfs mit Ausnahme des Iran.

2. Ausserdem haben die Vereinigten Staaten 19 Flugzeugträger (und dazu 15 geplant), jeder als Teil eines Kampfgeschwaders, bestehend aus rund 7 500 Mann Personal und 65 bis 70 Flugzeugen – jeder davon kann als ein schwimmender Militärstützpunkt angesehen werden.

3. Diese Stützpunkte sind Zentren aggressiver militärischer Aktionen, Drohungen politischer und ökonomischer Expansion, Sabotage und Spionage und Verbrechen gegen lokale Bevölkerungen. Ausserdem sind diese militärischen Stützpunkte die grössten Verbraucher fossiler Brennstoffe in der Welt und tragen stark zur Umweltzerstörung bei.

4. Die jährlichen Kosten dieser Stützpunkte für die amerikanischen Steuerzahler betragen ungefähr 156 Milliarden Dollar. Der Unterhalt der US-Auslandsmilitärstützpunkte zehrt Mittel auf, die genutzt werden können, menschliche Bedürfnisse zu fi-

nanzieren und unseren Städten und Staaten zu ermöglichen, die notwendigen Leistungen für die Bevölkerung bereitzustellen.

5. Dies hat die USA zu einer stärker militarisierten Gesellschaft gemacht und hat zu erhöhten Spannungen zwischen den USA und dem Rest der Welt geführt. Stationiert überall in der Welt, fast 1 000 an der Zahl, sind die US Militärstützpunkte Symbole der Fähigkeit der USA, sich in die Leben souveräner Staaten und Bevölkerungen einzumischen.

6. Viele nationale Bürgerbewegungen – z.B. in Okinawa, Italien, Jeju Inseln, Korea, Diego Garcia, Zypern, Griechenland und Deutschland – verlangen die Schliessung der Stützpunkte auf ihrem Gebiet. Der Stützpunkt, den die USA illegal am längsten besetzt halten, länger als ein Jahrhundert lang, ist Guantánamo, dessen Existenz eine Zumutung des Imperiums und eine Verletzung internationalen Rechts darstellt. Seit 1959 haben die Regierung und das Volk von Kuba verlangt, dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Guantánamo an Kuba zurückgeben.

Militärstützpunkte der USA im Ausland dienen NICHT der Verteidigung der nationalen US- oder der globalen Sicherheit. Sie sind der militärische Ausdruck der US-Einmischung in das Leben souveräner Länder im Namen der dominierenden finanziellen, politischen und militärischen Interessen der herrschenden Elite.

Ob sie durch inländische Interessen, die zugestimmt haben, Juniorpartner zu sein, eingeladen wurden oder nicht, kein Land, keine Menschen, keine Regierung können behaupten, Entscheidungen völlig zugunsten ihrer Bevölkerung zu treffen, solange sich ausländische Truppen auf ihrem Gebiet befinden, die den Belangen ihres Landes widersprechende Interessen vertreten. Wir müssen uns alle vereinen, um aktiv gegen die Existenz von US-Militärstützpunkten im Ausland aufzutreten und ihre sofortige Schliessung zu fordern. Wir laden alle Kräfte für Frieden, soziale Rechte und Umweltrechte ein, sich unserem erneuerten Einsatz anzuschliessen, um dieses gemeinsame Ziel zu erreichen.

Infos: <http://noforeignbases.org>

Quelle: antikrieg.com

Übersetzung: Toni Brinkmann

Internationales Seminar gegen Militärstützpunkte

Weg mit den Basen

Vom 4. – 6. Mai 2017 fand in Guantánamo das 5. Internationale Seminar für Frieden und die Auflösung fremder Militärstützpunkte statt. Organisiert von der Kubanischen Bewegung für Frieden und die Souveränität der Völker (MovPaz) und vom Weltfriedensrat nahm daran auch eine Delegation der SFB teil.

oder Sardinien und natürlich aus Guantánamo selbst. Ob der zahlreichen spannenden Beiträge – u.a. auch von einem weiblichen Colonel der US-Armee – fehlte etwas die Zeit für Debatten, bedauert Sämi Wanitsch. Diese hätten dann umso bewegender in den Bussen auf der Rückfahrt nach Havanna stattgefunden. Die meisten US-Delegierten waren zum ersten Mal auf Cuba und tief beeindruckt von der Offenheit und Herzlichkeit der Leute. Sie betonten immer wieder, welch völlig anderes Bild ihnen «drüben» von Cuba vermittelt wird.



Für Dialog und Frieden, Nein zur imperialistischen Einmischung in Venezuela und Lateinamerika: Kundgebung in Madrid vom Herbst 2016. Foto EmbaVenez Madrid

Venezuela im Blickpunkt

Votum gegen die Gewalt

Als «Gegner im eigenen Land» bezeichnet Teletext den Präsidenten Venezuelas, und der Berner «Bund» titelt «Diktator Maduro». Für die Schweizer Einheitspresse ein klarer Fall: Venezuela versinkt im Chaos und driftet ab in eine «sozialistische Diktatur». Schubladiisierungen dieser Art bringen einen Mann in Rage, der das lateinamerikanische Land gut kennt: den ehemaligen Botschafter der Schweiz in Caracas, Walter Suter. Wir haben mit ihm gesprochen.

Von Martin Schwander

Der 74jährige Walter Suter stand während Jahrzehnten im Dienst der Schweiz. Als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei eher ein Exot im diplomatischen Corps unseres Landes, vertrat er die konsularischen und diplomatischen Interessen der Eidgenossenschaft in so unterschiedlichen Staaten wie dem Libanon, Spanien, China, Indien, Chile, Argentinien und Paraguay, um nur einige seiner Stationen zu nennen. Im Februar 2003 schickte ihn der Bundesrat als Botschafter nach Caracas, wo das Volk kurz zuvor einen Putsch gegen die rechtmässig gewählte Regierung von Hugo Chávez zerschlagen hatte.

«Ich kam zu einem äusserst spannenden Zeitpunkt nach Venezuela», unterstreicht der pensionierte Berufs-

diplomate, der bis 2015 für die SPS im Vorstand der SP Europa sass und auch die Internationale Sektion der SP präsidierte. «Das Land hatte sich 1999 eine Verfassung gegeben, die voll auf die direkte, partizipative Demokratie ausgerichtet war und versuchte nun, diese Demokratie mit konkreten Inhalten zu füllen. Das allein war schon attraktiv für mich als Schweizer. Persönlich hat mir aber besonders gefallen, dass mit der Vertiefung der Demokratie auch die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit einherging, der Abbau einer seit Jahrhunderten angehäuften sozialen Schuld. Ich dachte: Endlich geht etwas hier, ich kannte Lateinamerika ja bereits seit 30 Jahren.» Es sei eine eigentliche Kulturrevolution in Gang gesetzt worden, indem die Massen, die vorher nichts zu sagen hatten, nicht nur einbezogen sondern auch ermächtigt wurden: «Aus den Objekten wurden plötzlich Subjekte des Staates.»

Als Botschafter unterstützte er den demokratischen Prozess, indem er informierte, wie die Mechanismen bei Wahlen und Abstimmungen in der Schweiz gehandhabt werden. «Ich habe gleich zu Beginn meines Mandates den Kontakt mit dem neu konstituierten Wahlrat, dem Consejo Nacional Electoral (CNE) aufgenommen und mein Interesse am ganzen Prozess angemeldet.» Auf seine Vermittlung hin besuchte der CNE verschiedentlich die Schweiz und tauschte sich hier sowohl mit den Behörden aus, die bei uns die Wahlen und Abstimmungen organisieren, wie auch mit dem Föderalismusinstitut an der Universität von Freiburg. «Gesprächsthema waren immer die Verfahren vor dem Hintergrund einer direkten und partizipativen Demokratie.» Dass Walter Suter noch heute vom CNE stets wieder als Wahlbegleiter nach Venezuela eingeladen wird, zeugt davon, wie sehr diese Hilfestellung von der venezolanischen Seite estimiert worden war.

Viszeraler Hass

Als Walter Suter 2003 dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez sein Beglaubigungsschreiben übergab, stand das Land erst am Anfang tiefgreifender sozialer Veränderungen. «Die oberen Schichten hatten sich eine feudale Mentalstruktur bewahrt und für die einfachen Menschen und ihre Bedürfnisse nur Verachtung übrig. Ihre Haltung war: Das kommt mir zu, das gehört mir, und jegliche Forderung, von ihrer Macht und ihrem Besitzum auch nur das Geringste abzugeben, war für sie vollkommen inakzeptabel.» Zu dieser absoluten Gleichgültigkeit gegen-

über den elementaren Bedürfnissen der Menschen nach Würde, Bildung und Gesundheit sei aber auch blanker Hass hinzugekommen. «Dieser viszerale Hass gegen den «Abschaum», wie das einfache Volk von der Oberschicht genannt wird, hat sich mit den Jahren noch gesteigert und schlägt heute in reine Gewalt um.»

Von Anfang an hätten sich die politischen Vertreter der Oberschicht mit allen Mitteln gegen die Sozialprogramme der Regierung von Hugo Chávez zur Wehr gesetzt. «Die Rechte hat nie akzeptiert, dass sich eine linke Regierung etabliert. Dass trotzdem 1,5 Millionen Analphabeten lesen und schreiben lernten, dass der kostenlose Zugang zur Bildung und zum Gesundheitswesen für alle durchgesetzt werden, dass Hunderttausende eine

ein Land wie Venezuela, das über die grössten Erdölreserven der Welt verfügt, mit der Souveränität plötzlich ernst macht und sie mit Inhalten füllt. Das darf nicht sein und so wird alles versucht, die Kontrolle zurückzugewinnen, via die lokalen Kräfte, die massiv mit Geld und medial unterstützt werden oder mit Subversion und direkter Intervention.»

Keine Lösung ohne Frieden

Walter Suter wünscht dem venezolanischen Volk die Gelegenheit, seine Probleme friedlich zu lösen. Dass viele Probleme existieren, durch äussere und innere Sabotage, aber auch durch Korruption und Misswirtschaft, ist offensichtlich und hat zu einer deutlichen Abstrafung der Chavisten bei den Wahlen von 2015 geführt. Diese Probleme können jedoch nur im Frieden angegangen werden. «Genau das war die Motivation der Regierung von Präsident Maduro, auf das Mittel der Verfassungsgebenden Versammlung zurückzugreifen», erläutert der ehemalige Schweizer Diplomat. Verschiedentlich habe er versucht, mit der Opposition, die seit dem Winter 2015 die Mehrheit im Parlament besitzt, in einen fruchtbaren Dialog zu treten, auch mit ausländischer Unterstützung, etwa des Vatikans sowie von Ex-Ministerpräsidenten wie beispielsweise Rodríguez Zapatero, doch hätten sich die Rechtsparteien letztlich immer wieder zurückgezogen und am Schluss nur noch auf die Strasse, die Gewalt und die Einmischung von aussen gesetzt.

In einer solchen Situation ist für Walter Suter der Nutzen einer Verfassungsgebenden Versammlung unbestreitbar: «Sie gibt dem ganzen Volk die Möglichkeit, eine Auslege-

Intellektuelle Unredlichkeit

Dass verschiedene Regierungen und auch die Schweiz Venezuela im Vorfeld der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung aufgefordert hatten, auf ihre Einsetzung zu verzichten, kann Walter Suter überhaupt nicht nachvollziehen: «Das Instrument existiert in der gültigen Verfassung und selbst die rechten Parteien haben ja 2014 damit geliebäugelt, es anzuwenden. Dass die Ansetzung dieser Wahl vollkommen rechts war, hat übrigens auch der CEELA festgestellt, und zwar ohne Wenn und Aber.» Der CEELA ist der Rat der Wahlexperten Lateinamerikas, ein unabhängiger Organismus, der in Folge der Militärdiktaturen gegründet worden war und aus Fachleuten gebildet wird, die in ihren Herkunftsländern in der Regel selbst einmal eine Wahlbehörde geleitet haben. Seit ihrer Gründung vor etwa 15 Jahren hat das Gremium um die 120 Wahlgänge begleitet. «Die Glaubwürdigkeit des CEELA ist enorm und sie wird von sämtlichen Staaten Lateinamerikas als Fachinstanz akzeptiert. Die fünf Experten aus Honduras, Kolumbien, El Salvador und Ecuador, die sämtliche Phasen der Wahl vom 30. Juli begleitet und ihren Bericht danach einstimmig abgegeben haben, sind in ihren Ländern übrigens allesamt in konservativen oder liberalen Parteien aktiv und keine Linken», betont Walter Suter, der sich ärgert, dass ihr offizieller Bericht in unsern Medien mit keinem Wort erwähnt worden ist. «Die Unehrlichkeit, die intellektuelle Unredlichkeit der Medien gegenüber den Vorgängen in Venezuela ist unglaublich. Es gibt eine weltweite Kampagne der Diffamierung, der Destabilisierung und Destraktion.»



Parlamentswahlen in Venezuela vom 6. Dezember 2015: Wahlbegleiter Walter Suter mit der Präsidentin des Wahlrates, Tibusay Lucena. Foto F. Jauch

neue Wohnung beziehen konnten usw. ist angesichts der ständigen Sabotage durch die rückwärts gerichteten Kräfte eine enorme Leistung. Weder die Regierung von Hugo Chávez noch jene von Nicolás Maduro haben je in Ruhe arbeiten können.»

It's Oil, stupid

Die Bestrebungen, die Geschichte rückwärts zu drehen und die sozialen Errungenschaften rückgängig zu machen wurden und werden genährt durch die Politik der USA, die sich um den Erhalt ihres lateinamerikanischen Hinterhofs sorgt. «Dass sich neben Venezuela eine ganze Reihe von Linksregierungen eingerichtet haben auf einem Territorium, das von den USA seit der Monroe-Doktrin von 1823 als ihr Interessensgebiet beansprucht wird, passt Washington natürlich gar nicht», betont Walter Suter. «Insbesondere dann nicht, wenn

ordnung zu machen und von Grund auf neu zu definieren, wie das Zusammenleben gestaltet werden kann und in welcher Richtung der Staat sich entwickeln soll.»

Vorgesehen ist dieses Instrument in der Verfassung von 1999, die von 80% der Abstimmenden angenommen worden war. Einberufen werden kann die Versammlung entweder vom Präsidenten des Landes gemeinsam mit dem Ministerrat, von zwei Dritteln der Parlamentsabgeordneten oder einem Fünftel aller Wahlberechtigten. Einmal gewählt, steht sie bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung als «originäre Gewalt» über sämtlichen Gewalten, zu denen in Venezuela neben den «klassischen Drei» (Legislative, Exekutive, Judikative) auch der Poder electoral (Wahlrat) und der Poder ciudadano (Generalstaatsanwalt, Ombudsmann und Rechnungshof) gehören.

Gewählt wurden am 30. Juli schliesslich 537 Mitglieder, denen sich noch 8 Vertreter indigener Völker anschlossen, die aber nach traditionellen Bräuchen dieser Volksgruppen selbst bestimmt wurden. Die 537 Abgeordneten und 173 sog. sektoriellen Vertreter. «Das ist ja genau der Zweck dieser Versammlung», meint Walter Suter. «Sie soll nicht nur aus Politikern bestehen, sondern die Bevölkerung breit einbeziehen. Deshalb wurden neben den Gemeindevertretern auch Vertreter der Arbeitnehmer, der Bauern, der Behinderten, der Unternehmer, der Pensionierten, der Studierenden und der LGBT gewählt.» Jeder Abstim-

Fortsetzung Seite 4

Das unsichtbare Lateinamerika

Ans Licht zerren

Weder im gesellschaftlich-politischen noch im wirtschaftlichen Bereich mag der konservative Block der Lateinamerikanischen Länder den Ansprüchen der Demokratie zu genügen. Demokratische Defizite orten die Mainstream-Medien jedoch immer anderswo.

Von Alfredo Serrano

Temer ist immer noch Präsident von Brasilien, ohne eine einzige Stimme an den Urnen erhalten zu haben. Der Macri der «Panamas Papiere» hält Milagro Sala als politische Gefangene. Santos ist in den Odebrecht-Skandal involviert, weil er \$ 1 Million erhalten habe, um seinen Wahlkampf 2014 in Kolumbien zu finanzieren. Unter der Präsidentschaft von Peña Nieto wurden in Mexiko 36 Journalisten in Durchführung ihrer Informationsarbeit ermordet. Im vergangenen Jahr beherrschte Kuczynski Peru durch 112 Dekrete und umging damit die Legislative.

Und doch scheint nichts davon wichtig zu sein. Venezuela ist das einzige Land, das Aufmerksamkeit erregt. Die gesamte schmutzige Wäsche der Demokratien von Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Mexiko und Peru wird von der sogenannten «internationalen Gemeinschaft» weiss gewaschen. Der konservative Block sieht sich davon befreit, das Nichtabhalten von Wahlen, politische Verfolgungen, Korruptionsskandale, fehlende Pressefreiheit oder die Verletzung der Gewaltenteilung zu rechtfertigen. Sie können tun und lassen, was sie wollen, weil nichts davon das Licht der Öffentlichkeit erreicht. Alles wird durch die Mainstream-Medien und eine Reihe internationaler, selbsternannter Hüter von allem, was ihnen fremd ist, unter dem Deckel gehalten. Und all das, ohne sich irgendeiner Art internationalem finanziellen Druck ausgesetzt zu sehen, ganz im Gegenteil.

In diesen Ländern zeigt die Demokratie zu viele Mängel, um dem

Ausland Lektionen zu erteilen. Ihre Konzeption einer Demokratie von geringer Intensität erlaubt es ihnen, alle diese Mängel zu banalisieren, ohne sich in lange Rechtfertigungen einlassen zu müssen. In den meisten Fällen mit Unterstützung und der Propaganda rätselhafter Indikatoren, von denen niemand weiss, wie sie aussehen geschweige denn woher sie stammen. Ein gutes Beispiel sind die Berechnungen, die das so «prestige-trächtige» Intelligenzblatt der Wirtschaft «The Economist» vorgelegt hat: Ihr «Demokratieindex» stützt sich auf Antworten ab, die aus «Expertenbewertungen» gewonnen wurden, ohne dass der Bericht sich auch nur im Geringsten darüber auslassen würde, wie diese zustande gekommen sind. Die Demokratie wird so auf eine «Black Box» reduziert, aus welcher jener als Sieger hervortritt, der am meisten Medienmacht besitzt.

Aber es gibt noch mehr: Dieser konservative Block vermag auch im ökonomischen Bereich keine Demokratie vorzuweisen. Tatsächlich kann in Ländern, die so vielen Menschen den Genuss ihrer grundlegendsten

sozialen Rechte verweigern und sie aus einem menschenwürdigen Leben ausschliessen, keine wahre Demokratie herrschen. Kolumbien hat mehr als 8 Millionen Arme; Peru mehr als 6,5 Millionen; Mexiko über 55 Millionen. In der Macri-Ära sind in Argentinien bisher 1,5 Millionen neue Armutsbetroffene hinzugekommen und unter dem Temer-Management in Brasilien etwa 3,5 Millionen. Das merkwürdigste ist, dass es ihnen auch mit all den Anpassungen, die sie ihren Bürgern zumuten, nicht gelingt, effiziente Wirtschaftsmodelle zu präsentieren. Alle diese Volkswirtschaften sind ins Stocken geraten und zeigen keine Anzeichen einer Erholung.

Dieses unsichtbar gemachte Lateinamerika sollte uns nicht als Ausrede dienen, uns nicht mit den Herausforderungen zu beschäftigen, die sich innerhalb der Wandlungsprozesse ergeben. Ebenso wenig aber dürfen wir in dieser Zeit des grossen geopolitischen Aderschlags zulassen, dass «Unsichtbar» gleichgesetzt wird mit «Nichtexistent». Die Realität dieses anderen, bankrotten Lateinamerikas muss aufgedeckt und problematisiert werden.

Lassen wir es nicht zu, dass sie uns ihre Agenda auferlegen.

Alfredo Serrano Mancilla ist Direktor des Lateinamerikanischen Geopolitischen Strategischen Zentrums (CELAG) in Madrid. Sein Artikel erschien im Blog «Público». Übersetzung Martin Schwander.



Nichts hören, nichts sagen, nichts sehen. Bild von Oswaldo Guayasamín (1919 – 1999).

Fortsetzung von Seite 3

Votum für den Frieden

mende konnte so neben dem Vertreter seiner Gemeinde auch einen Abgeordneten aus jenen Sektoren bestimmen, denen er sich selbst zugehörig fühlt.

Die rechten Parteien stellten keine Kandidaturen und boykottierten den Wahlgang aktiv. «Die Wahl wurde am 30. Juli stark behindert», unterstreicht Walter Suter, der wie bei den Parlamentswahlen von 2015 den Abstimmungssonntag als Wahlbegleiter vor Ort verfolgt hatte. «Zahlreiche Abstimmungslokale wurden vorgängig verwüstet oder blockiert und Abstimmungswillige massiv angegriffen. Trotzdem haben 41,5% der Stimmberechtigten teilgenommen und mit etwas über acht Millionen Abstimmenden sogar eine Zahl erreicht, die weder die Chavisten noch die Opposition in der Vergangenheit je für sich erreichen konnten. Es war eine Manifestation, ein Votum für den Frieden und gegen die Gewalt.» Die Experten des CEELA übrigens, die vor und während der Wahlen sieben Audits durchgeführt hatten, bescheinigten dem Wahlgang die völlige Korrektheit und Überprüfbarkeit. «Auch diese Schlussfolgerung hat es natürlich nicht in unsere Medien geschafft...»

Der Straflosigkeit ein Ende setzen

Obwohl sich die Situation auf der Strasse seit dem 30. Juli schlagartig verbessert hat, die Barrikaden weggeräumt sind und das Leben wieder zu pulsieren beginnt, bleibt die Lage Venezuelas kompliziert. «Es ist ein schwieriger Versuch, mit den Instru-

menten der bürgerlichen Demokratie eine friedliche Revolution durchzuführen. Vieles hängt nun von der konkreten Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung ab», unterstreicht Walter Suter. Als dringend hält er die Aufarbeitung der Gewaltextzesse der vergangenen Monate: «Der Straflosigkeit muss ein Ende gesetzt und jene, die zur Gewalt aufgerufen haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.» Die Verantwortung für die Gewalt auf der Strasse, die den Alltag in Venezuela allzu lang geprägt hat, liegt für Suter eindeutig bei den sogenannten friedlichen Demonstrationen, in welche sich gewaltbereite Elemente eingereiht hätten. «Da gibt es keine Grautöne. Natürlich war von den intellektuellen Autoren dieser Gewalt selbst keiner an der Front, sondern sie warben arme Typen an, aus dem Lumpenproletariat, zum Teil sogar Kinder, und rüsteten sie mit Gasmasken, Waffen, Drogen und Geld aus. Das waren keine Demonstranten, sondern «Angestellte», deren Aufgabe es war, Gewalt auszuüben und Gewalt zu provozieren.» Walter Suter erinnert daran, dass über 20 Menschen von diesem Pöbel bei lebendigem Leibe angezündet wurden und ihren schweren Verletzungen zum Teil auch erliegen sind. «Darüber schreibt Amnesty International natürlich nicht.»

Neben der Aufarbeitung dieser Vorgänge, der sich in der Verfassungsgebenden Versammlung eine Kommission für Wahrheit, Justiz und Reparationen widmen wird, stehen eine ganze Reihe anderer Punkte auf der Tagesordnung: «Die Abgeordneten werden sich der ganzen Wirtschaftsproblematik widmen müssen,

der nach wie vor schwierigen Versorgungslage, dem ganzen Import- und Verteilungssystem. Und natürlich der Diversifizierung der Wirtschaft und der Forcierung eigener Produktionen. Weitere Herausforderungen werden sein, die bisherigen Errungenschaften auf sozialem Gebiet auf Verfassungsgrundlage zu stellen und den Rechtsstaat weiter zu entwickeln, insbesondere auch was den Kampf gegen die Korruption und das Schüren von Hass angeht. Zudem wird sich die Verfassungsgebende Versammlung mit dem Ausbau der partizipativen Demokratie beschäftigen und die in den letzten Jahren entstandenen neuen Formen der direkten Mitbestimmung, etwa die Arbeiterräte, in der Verfassung festschreiben.»

Glückwunsch von Maduro

Zwei Jahre hat die Verfassungsgebende Versammlung laut Walter Suter nun Zeit, sich zu bewähren und der Bevölkerung innert dieser Frist eine neue Verfassung zur Abstimmung vorzulegen. Auch wenn das Organ während dieser Zeit über sämtlichen andern verfassungsmässigen Gewalten steht und deshalb auch einige der parlamentarischen Kompetenzen übernommen hat, funktionieren die demokratischen Institutionen weiter. Im Oktober 2017 zum Beispiel stehen die Gouverneurswahlen an und Teile der Opposition, die den 30. Juli noch zu verhindern suchten, wie etwa die Acción Democrática von Henri Ramos Allup und 17 andere Parteien haben bereits beschlossen, sich an diesen Wahlen zu beteiligen.

Präsident Maduro hat sie zu ihrem Entschluss beglückwünscht.

Zur Vollgeld-Initiative

Krieg und Geld

Wenn wir über die Gründe hinter den Kriegen dieser Welt nachdenken, vergessen wir oft die Rolle, welche das Geld, die Kredite, die Finanzierung oder auch unser aktuelles Geldsystem dabei spielt. UW-Leser Paul Steinmann ist überzeugt, dass ohne das «Nirwana-Geld» der Geschäftsbanken keine Kriege mehr finanziert werden könnten und sieht eine mögliche Lösung in der Vollgeld-Initiative. Wir stellen seine Gedanken leicht gekürzt zur Diskussion.

Von Paul Steinmann

Mit diesem Artikel möchte ich den Leserinnen und Lesern der UW die Vollgeld-Initiative näher vorstellen, die 2018 zur Abstimmung kommen soll.

Die Initiative müsste eigentlich Volksgeld-Initiative heissen. Sie gibt dem Volk, und damit der Politik und unserer Demokratie, über eine unabhängige, aber gestärkte Schweizerische Nationalbank (SNB) wieder das Recht der Geldschöpfung aller Schweizer Franken:

1. Nach dem Willen der Vollgeld-Initiative soll die SNB in Zukunft alles Geld herstellen, nicht nur wie heute das Bargeld, sondern auch das elektronische Buchgeld. Dieses Buchgeld macht schon 90% der umlaufenden Geldmenge aus, wird aber von den Geschäftsbanken hergestellt, und zwar im Widerspruch zur Bundesverfassung BV, Art.99, Art.1. Die Herstellung der gesamten Geldmenge würde es der SNB ermöglichen, diese effektiv und proaktiv zu kontrollieren, was ihr mit der heutigen reaktiven Zinssteuerung einer blossen Teil-Geldmenge nicht gelingen kann.

2. Mit der Vollgeld-Initiative wird auch das elektronische Geld auf unseren Zahlungsverkehrs-Konten endlich gesetzliches Zahlungsmittel und damit so sicher wie Münzen und Noten im Portemonnaie oder im Safe. Da es ausserhalb der Bankbilanzen geführt wird, ist es von Bank-Konkursen nicht mehr betroffen und damit 100% vor Verlust geschützt. Auch im Krisenfall wird somit der Zahlungsverkehr in der Schweiz nicht mehr zusammenbrechen. Das aktuelle Versprechen von «sicheren» Fr. 100 000.– pro Konto wird sich im Krisenfall hingegen als leer erweisen.

3. Mit Vollgeld werden die Gewinne aus der Geldschöpfung statt bei den Geschäftsbanken bei der Nationalbank anfallen und der Allgemeinheit, uns allen, zur Verfügung gestellt werden. So könnten jährlich 5–10 Milliarden CHF in die Budgets von Bund, Kantonen oder direkt zu den Bürgern fliessen. Damit könnten Schulden abgebaut werden und damit stünde auch mehr Geld für die Finanzierung der Kernaufgaben unserer direkten Demokratie zur Verfügung.

4. Mit der Initiative verlieren die Geschäftsbanken das Recht, mittels Kreditvergabe elektronisches Buchgeld aus dem Nichts zu schaffen und damit hohe Gewinne einzustreichen. Dieses Recht haben sich die Banken illegal genommen. Je mehr Kredite sie gewähren, umso mehr Schulden entstehen und umso höher sind ihre Gewinne und die der Aktionäre. Die Banken im Vollgeld-System könnten weiterhin Kredite vergeben, aber nicht mehr mit selber hergestelltem Geld, sondern ausschliesslich mit echten Schweizer Franken von der SNB. Das restliche Bankgeschäft bliebe unangetastet, der Markt frei und liberal, inklusive möglicher Parallelwährungen. Es bräuchte auch keine staatlichen Reglementierungen mehr betreffend Eigenkapitalquoten der Banken (Basel III).

5. Das Too-big-to-fail-Problem wäre definitiv gelöst und die Schweizer Bürger müssten nie mehr eine Bank mit Steuergeldern retten. Weil der Zahlungsverkehr gewährleistet bleibt, kann eine Bank wie jedes andere Unternehmen Bankrott gehen und übernommen werden.

6. Die Vollgeld-Initiative hat das Potential, uns langfristig aus der Schuldenspirale herauszuführen. Verantwortlich für das exponentielle Wachstum von Schulden, Wirtschaft und Umwelterstörung ist die überproportionale Kreditvergabe der Banken, gekoppelt mit Zins und Zinsszins. Deshalb wachsen die Schulden weltweit deutlich schneller als die Volkswirtschaft. Sie können im aktuellen Geldsystem nie mehr zurückbezahlt werden. Und deshalb ist unser derzeitiges Finanzsystem falsch konstruiert, extrem instabil und kann jederzeit einstürzen. Der Kollaps ist programmiert. Die Frage ist nur wann.

7. Das Wichtigste für die Friedensbewegung am Schluss: Könnten nicht mehr beliebig viel Kredit und Schulden aus dem Nichts einfach und jederzeit durch Geschäftsbanken hergestellt werden, dann könnten mit diesem wertlosen «Nirwana-Geld» auch keine Kriege mehr finanziert werden!

Die Alternative heisst Diktatur des Kapitals

Es geht dabei auch um die grundsätzliche Frage, ob sich die Macht des Kapitals letztlich über die Demokratie und den Nationalstaat durchsetzt. Ohne die Hoheit über die Geldschöpfung kann der Staat auf Dauer nicht überleben. Er braucht dieses Geld für seine Kern-Aufgaben. Ohne Geld wird er handlungsunfähig und mit zu hohen Schulden erpressbar. Jeder Politiker müsste diese Zusammenhänge verstehen.

Die Vollgeld-Initiative stärkt parteiunabhängig die (direkte) Demokratie. Die Alternative heisst Diktatur des Kapitals.

Es ist heute eine anerkannte Tatsache, dass die USA Bankrott wären, wenn sie keine Kriege führen würden, weil die amerikanische Rüstungsindustrie ca. 40% des BIP der USA ausmacht. Ebenfalls ca. 40% kommt aus der Finanzindustrie.

Der Industrielle-Militärische Komplex ist nur dank direkter Kreditfinanzierung durch private Banken in diesem Ausmass möglich.

Eine Geldreform im Sinne der Vollgeld-Initiative würde das exponentielle Wachstum allgemein bremsen. Insbesondere die Kriegs- und Finanzindustrie und auch die Umwelterstörung. Die Folge wären gezieltere Investitionen in nachhaltigere Projekte mit längerem Anlagehorizont.

Nur das Schweizer Volk hat dank der direkten Demokratie die weltweit einmalige Chance, aus freiem Willen und Überzeugung ein besseres Geldsystem einzuführen. Es kann später weiterentwickelt werden. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Viele Experten sind sich einig, dass die Einführung eines Vollgeldsystems in der Schweiz problemlos möglich ist.

Aber natürlich wird die Banken-Lobby alles daran setzen, uns Angst einzujagen und uns das Gegenteil zu «beweisen», damit wir ihre geheimen Privilegien nicht abschaffen. Die Banken haben viel zu verlieren, weshalb es leider unmöglich ist, ihrer Argumentation zu vertrauen.

Weitere Infos

Als weiterführende Literatur kann ich empfehlen «Das nächste Geld» von Christoph Pfluger (www.christophpfluger.ch) oder www.vollgeld.info.

Infos zur Abstimmungs-Kampagne: www.vollgeld-initiative.ch.



Nie gebeugt und nie gebogen: Arthur Villard. Undatiertes Foto, © Archiv SSA

Zum 100. Geburtstag von Arthur Villard (1917 – 1995)

Unbeugsamer Friedenskämpfer

Vor hundert Jahren, am 4. Oktober 1917, wurde in Lausanne Arthur Villard geboren. In seiner zweiten Lebenshälfte insbesondere bekannt geworden als Streiter gegen die atomare Bewaffnung unseres Landes, als Präsident der Internationale der Kriegsdienstgegner und als SP-Nationalrat, wollen wir uns hier erinnern an die Jahre, die er in den Reihen der Friedenspartisanen, der Schweizerischen Friedensbewegung und des Weltfriedensrates (WFR) verbrachte.

Von Martin Schwander

Arthur Villard, begnadeter Pädagoge und freier Denker im besten Sinne des Wortes, hat seine Fichen bei der Bundesanwaltschaft nie eingefordert. Hätte es ihn erstaunt zu lesen, wie früh die politische Polizei auf ihn aufmerksam geworden ist?

Wohl kaum. Wer wie er in den ersten Nachkriegsjahren zu den Gründern der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion gehörte, musste wissen, dass mit Beginn des Kalten Krieges der Feind im Osten stand und sich jeder ins Fadenkreuz der strammen «Patrioten» begab, der nicht auf Konfrontation setzte, sondern auf Dialog, Neugierde und Freundschaft. Villard machte sich verdächtig, in dem er sich dem antisowjetischen Chor verweigerte und sich 1954 gar zu einer Studienreise ins östliche Feindesland begab. Dabei war er getragen von der tiefen Überzeugung, dass nur eine «wahrhaftige friedliche Koexistenz unser Überleben sichert», wie er im Namen der Schweizerischen Friedensbewegung 1961 an der «Europäischen Konferenz» von Oslo erklärte.

«Selbst wenn die Differenzen ersichtlich sind, selbst wenn nicht jeder seinem Nachbarn gegenüber von grenzenloser Zuneigung erfüllt ist und auch keine Lust verspürt, eine bestimmte Lebensart, eine bestimmte Regierungsform oder eine bestimmte wirtschaftliche und soziale Ordnung zu übernehmen, so ist es doch offensichtlich, wie mehr wir vom Zusammengehen profitieren als von der Teilung und der Feindschaft. Den Bruch zu verhindern, den Krieg – das ist nur möglich wenn wir lernen, uns gegenseitig einigermassen herzlich zu ertragen. Nicht immer sind dabei Vorwürfe, Auseinandersetzungen und Streitereien zu vermeiden. Aber selbst das ist dem totalen Unverständnis und der Gewalt vorzuziehen und diesem dicken Vorhang, der zwischen uns und Vorurteile, durch Misstrauen und Feindseligkeiten gewoben wird.»

Es war diese Haltung, die ihn zum Mitstreiter der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) werden liess, welche im Nachgang zur Pariser

Weltfriedensversammlung vom April 1949 in der Schweiz zunächst als «Partisanen für den Frieden» aktiv geworden war. Und der Krieg, den er meinte und den es für ihn in allererster Linie zu verhindern galt, war jener, der die Menschheit in ihrer Gesamtheit zu vernichten drohte: der Nuklearkrieg.

Im Januar 1955 hatte sich in Wien das Präsidium des Weltfriedensrates versammelt und vor den Bestrebungen gewarnt, den Einsatz von nuklearen Waffen zu rechtfertigen oder gar zu legalisieren. «Pflicht ist es, nein zu sagen zu den Ruinen, zu dem Terror und dem Jammer eines neuen Krieges», hielten die Friedenskämpfer fest, zu denen auch der Schweizer Hellenist André Bonnard gehörte, und in einem «Appell gegen die Vorbereitung des Atomkrieges» forderten sie «die Vernichtung der Vorräte an Atomwaffen in allen Ländern und die sofortige Einstellung ihrer Produktion.»

Der Wiener Appell in Biel

Diese Forderung wurde weltweit als «Wiener Appell» aufgenommen und, wie einige Jahre zuvor der «Stockholmer Appell», zur Unterschriftensammlung auf die Strassen und in die Quartiere von Tausenden von Städten und Dörfern getragen. In Biel setzte sich insbesondere Lehrer Arthur Villard dafür ein und initiierte dazu die «Bieler Bewegung gegen die atomische Bedrohung und den Krieg». In einer auch von Guido Nobel, dem nachmaligen PTT-Generaldirektor, und dem Bieler Gemeinderat Hans Kern mitunterzeichneten Erklärung forderte Villard die Bielerinnen und Bieler auf, «mit allen Kräften den Widerstand gegen den drohenden Atomkrieg» zu unterstützen. «Helft uns, alle Schlafenden zu wecken, bevor der Wahnsinn einiger Mächtiger dieser Welt hunderte Millionen Unschuldiger ins Verderben stürzt. Die Ächtung aller Atomwaffen durch die Regierungen ist ein erster dringender Schritt zu einer allmählichen Abrüstung. Wir müssen überall und immer neu die Überzeugung schaffen, dass ein neuer Krieg vermeidbar ist. Unter der drohenden Gefahr sind sich die Menschen näher gerückt, friedliche

bende Nachbarschaft ist im Werden. Mütter und Väter der verschiedenen Länder wollen ihren Kindern ein menschenwürdiges Dasein sichern.»

Am 15. April 1955 fand die Gründung der Bieler Bewegung statt und versammelte laut einem Brief von Arthur Villard an Hans Joe Stebler von der SFB mehr als 60 Personen «aus verschiedensten politischen und philosophischen Horizonten». Unverzüglich wurde mit der Unterschriftensammlung unter den Wiener Appell begonnen und bereits am 12. Juni konnte Villard Hans Stebler das Überschreiten der ersten 5 000 Unterschriften melden: «Trotz einer sehr lebhaften Pressekampagne in den deutschsprachigen Zeitungen gegen unser Komitee halten wir stand.» 20 000 Unterschriften sollten es schliesslich werden und im Namen dieser 20 000 verabschiedeten 150 Personen «aus allen Schichten der Bieler Bevölkerung» am 8. November 1955 einen Appell «an die Räte unseres Landes»: «Die Schweiz ... muss ihren Beitrag an die Friedensbildung leisten. Dazu muss sie den Grossteil ihrer Bemühungen in erster Linie dem sozialen Fortschritt widmen und sich stärker an der Hilfe für die weniger begüterten Nationen beteiligen. Zu einem Zeitpunkt, wo die Eidgenossenschaft schon mehr als 40% ihres Budgets für die Armee ausgibt, fordern wir Sie auf, sich den neuen und zusätzlichen Ausgaben, von denen die Rede ist, zu widersetzen. ... Trotz der Entspannung sind die Gefahren nicht gebannt. Jene durch die Massenvernichtungswaffen bleibt beängstigend. Mit den nahezu 20 000 Personen aus Biel und Umgebung, die den Appell gegen die atomare Bedrohung und den Krieg unterzeichnet haben, bitten wir Sie, sich energisch dafür einzusetzen, dass die Schweiz von den Grossmächten die vollständige Einstellung der Produktion von Atomwaffen und der Atomwaffenversuche verlangt.»

Das Geld der Sowjets

Bescheiden wertete Arthur Villard diese einstimmig verabschiedete Resolution in einem Brief an Hans Stebler als «guten moralischen Erfolg». Tatsächlich war sie im immer bissigeren Klima des Kalten Krieges eine kleine Sensation. Illustrieren mag das ein Geschichtlein aus dem trüben Gewässer der politischen Bespitzelung, das sich im selben Jahr im persönlichen Umfeld von Villard zugetragen hatte. Ein Wohnungsnachbar der Fa-

milie Villard erzählte einem Kollegen, er glaube, in seinem Haus sei eine kommunistische Zelle aktiv; auf alle Fälle höre er Abends aus der Mansarde über seinem Wohnzimmer, die an Villard vermietet worden war, jeweils das Geräusch einer Schreibmaschine und oft stünden grosse Autos vor dem Wohnblock. Zudem habe seine Frau Villards Gattin zum Geldbriefträger, der ihr 150 Franken aushändigte, sagen hören: «Es ist mir egal, es ist das Geld der Sowjets.»

Diese Geschichte landete zunächst bei der Kantonspolizei von Neuenburg mit Übermittlung an die Kantonspolizei Bern und die Bundesanwaltschaft, deren Inspektor Siegenthaler umfangreiche Untersuchungen in Gang setzte. Der «erlauchte Ausspruch von Frau Villard», so der Politpolizist, «war wichtig genug um beachtet zu werden. Er gab Anlass zur Vermutung, dass die Geldsendung mit irgend etwas in Zusammenhang stehe, das für die Staatsschutzorgane von Interesse sein könnte.» Das Resultat der Untersuchung war in dieser Hinsicht mager und für den Polizeidienst der Bundesanwaltschaft wohl enttäuschend: Tatsächlich erhielt Arthur Villard im Frühjahr einige Zahlungen von Privatpersonen und zwar, weil er ihnen als Bieler Präsident der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion Eintrittskarten verschafft hatte für einen Auftritt des russischen Balletts. «Die Auskünfte des Briefträgers berechtigen zur Annahme, dass die Bemerkung von Frau Villard, seitens der die Meldung erstattenden Person, nicht in allen Teilen richtig mitangehört oder verstanden worden ist. ... Die fragwürdige Geldsendung dürfte damit ihre Aufklärung gefunden haben.» Zum Schreien unkomisch.

Zusammenarbeit mit dem Weltfriedensrat

In den Jahren danach vertiefte Arthur Villard seine Beziehungen zur Schweizerischen Friedensbewegung und nahm als deren Vertreter 1956 in Stockholm und 1957 in Colombo an Sitzungen des Weltfriedensrates teil. Am grossen Kongress für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit, der auf Einladung des Weltfriedensrates vom 16. – 22. Juli 1958 in Stockholm kurz nach der Vollstreckung politischer Todesurteile in Ungarn stattfand, trat Villard als Sekretär der Friedensbewegung auf und hielt im Namen der Schweizer Delegation eine Rede, die der Breite ihrer Zusammensetzung entsprach. Diese Zusammensetzung, so der «Vorwärts», am 1. August 1958 in einem Bericht über die Schweizer Delegation in Stockholm, habe ergeben, dass



Picassos Plakat für den Friedenskongress von Stockholm 1958. Foto Archiv

die Rede von Villard, dem ein neuer Aufschwung der Friedenskräfte in der Schweiz zu verdanken sei, «die Meinung der Mehrheit der Friedenskräfte, auch der, die nicht am Kongress teilnehmen wollten oder konnten, zum Ausdruck brachte».

In der Tat ging Villard in seiner laut «Vorwärts» sehr beachteten und von Seiten der Kongressleitung in allen Kongresssprachen auch schriftlich verteilten Ansprache auf die Gründe der Abwesenheit vieler westlicher und auch schweizerischer Friedensfreunde ein. «Sich deutlich von allen distanzierend, die zu allen Verbrechen der imperialistischen Kräfte schweigen und ihre Kritik am Osten nur als Anlass zur Schürung des kalten Krieges und zur Rechtfertigung der Aufrüstung benutzten, wandte sich Villard gegen die Urteile und Hinrichtungen in Budapest.»

Sorge um die Vielfalt

Die Rede des Schweizlers sei «da und dort missverstanden» worden statt sie zu werten, als das was sie sein sollte: als «Beitrag zur Erklärung der Haltung ehrlicher Friedensleute, die glaubten, Stockholm ablehnen zu müssen.» Dabei hätte der Kongress gerade diese Kräfte nötig gehabt: Stockholm, so der «Vorwärts», sei «angesichts des grossen Aufschwungs der Friedenskräfte, besonders der Anti-Atomwaffenbewegung ausserhalb der Weltfriedensbewegung, viel zu eng und zu einseitig geworden.» Eine Einsicht, die sich später auch im WFR Raum verschaffte: Der Kongress 1962 von Moskau war ganz darauf ausgerichtet, zur Vielfalt zurückzukehren.

Villard selbst begann zunehmend unter der Ausgrenzung der Schweizerischen Friedensbewegung durch antikommunistische Friedenskräfte zu leiden. 1959 nahm er mit dem Waadtländer Filmer und Sympathisanten der algerischen Befreiungsbewegung Jean Mayerat (PdA) am zweiten Ostermarsch der Geschichte in England teil, der Atomwaffengegner vom Atomforschungszentrum Aldermaston nach London führte. Die Breite der Bewegung beeindruckte ihn und für die anlaufende Kampagne gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz wünschte er sich ähnliches. «Wir versuchen, wie wir das während des ganzen Jahres getan haben, eine Bewegung der vernünftigen Masse des Schweizer Volkes gegen die atomare Bewaffnung zu schaffen», schrieb er im Dezember 1959 dem Sekretär des Internationalen Friedensinstitutes in Wien, das den Weltfriedensrat repräsentierte. Kurz zuvor hatte die Schweizerische Friedensbewegung beschlossen, ihren Sitz nach Biel zu transferieren und Villard mit einem Teil der Aufgaben zu betreiben, die der im Oktober 1959 verstorbene SFB-Präsident André Bonnard wahrgenommen hatte. «Ich habe versucht, unsere Arbeitsformen den besonderen Bedingungen unseres Landes anzupassen», schrieb Villard nach Wien. «Das ist absolut notwendig, wenn wir auf die Einheit aller Kräfte (die bei uns in verschiedene «Kapellen» gespalten sind) hinarbeiten wollen, die sich der atomaren Bewaffnung widersetzen und einen Beitrag zur Vertiefung der Entspannung, zum Kampf gegen die hartnäckigen Militaristen leisten.»

Antikommunismus

Die von Villard beschworene Einheit wurde von den kalten Kriegern in der pazifistischen Bewegung hintertrieben. Weil PdA-Mitglieder in der Schweizerischen Friedensbewegung seit ihrer Gründung 1949 zu den solidesten Aktivposten gehörten, wurde die SFB als kommunistisch etikettiert, während sich etwa der 1945 gegründete Schweizerische Friedensrat offiziell als «Dachorganisation der nicht-kommunistischen pazifistischen Organisationen der Schweiz» bezeichnete. Gerade im Zusammenhang mit der Initiative gegen die atomare Rüstung, für welche Arthur Villard sein Herzblut einsetzte, wurde peinlichst darauf geachtet, Distanz zur Friedensbewegung und der PdA zu wahren und auch zu demonstrieren. Er selbst sei entschlossen, sich

Friedenskämpfer...

Fortsetzung von Seite 5

für die Sache des Friedens einzusetzen ohne sich um Etiketten zu kümmern, schrieb Villard am 6. April 1960 dem Internationalen Friedensbüro nach Wien: «Vielleicht braucht es jemanden, der dynamischer ist als ich, um die andern Organisationen dazu zu bringen, die Beteiligung der Schweizerischen Friedensbewegung auf gleicher Augenhöhe zu akzeptieren.» Er habe es im Zusammenhang mit der Anti-Atominitiative versucht, doch ohne Erfolg. Erfolg hingegen sei bei der Schaffung einer breiten Bewegung zu verzeichnen, zu der er mit all seinen Kräften beigetragen habe. «Ich bedaure, dass die Tatsache, die Schweizerische Friedensbewegung aussen vor zu lassen, bei der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung als Notwendigkeit erachtet wird. Das ist halt die Visitenkarte, die man sich gibt. Und das Resultat auch von Intrigen.»



Marschieren für den Frieden und gegen die nukleare Aufrüstung: Der erste Ostermarsch in der Geschichte fand vom 4. – 7. April 1958 zwischen London und dem Atomforschungszentrum von Aldermaston statt. Im Jahr darauf wurde in der Gegenrichtung marschiert; mit dabei diesmal SFB-Sekretär Arthur Villard. Foto cnd/moneyweek

Mut zur eigenen Meinung

Die Politik der Ausgrenzung ging an der Schweizerischen Friedensbewegung nicht spurlos vorbei. Im Herbst 1960 beklagte PdA-Funktionär Franz Dübi in einem Bericht an die Basler Genossen die fehlenden Aktivitäten der SFB: «Der einzige Aktivposten, der heute feststellbar ist, ist noch in Biel mit Arthur Villard.» Doch dieser schien zu wanken: Im März 1961 ersuchte Villard die Schulbehörden, ihn für ein Jahr zu beurlauben. Er fühle sich ausgebrannt und er hoffe, seine Kräfte wiederzufinden, indem er sich eine Weile einer anderen Arbeit widme: «Selbst wenn das jemand lächerlich finden sollte, so habe ich mich entschlossen, so viel Zeit wie möglich in die Friedensarbeit zu investieren.» Nicht hier in der Schweiz allerdings, sondern in Wien, wo ihm das Internationale Friedensinstitut des Weltfriedensrates eine Anstellung angeboten habe. «Selbst wenn ich den Standpunkt der Verantwortlichen dieser Organisation nicht vollständig teile, könnte ich dort meine Sprachkenntnisse ausweiten und einen gewissen Einfluss im Sinne meiner persönlichen Ideen ausüben.»

Die Beurlaubung wurde Arthur Villard, der an der französischen Schule von Biel-Madretsch unterrichtete, von Ende August 1961 bis Ende Mai 1962 gewährt. Arbeit für die politische Polizei: Über Villards Kontakte zum Wiener Institut ins Bild gesetzt, wollte Bundespolizei-Chef Amstein unverzüglich wissen, welche Gründe der Bieler Lehrer gegenüber den Schulbehörden angegeben habe. Sein Inspektor Barben hingegen riet vor einer Intervention ab. Villard verfüge im pädagogischen Milieu von Biel über exzellente Beziehungen und zähle Schulinspektor Berberat wie Schulvorsteher Graf zu seinen persönlichen Freunden. Und sowieso: «Es ist nicht zu bezweifeln, dass V., der den Mut hat, zu seinen Ideen zu stehen, in seinem Urlaubsgesuch die tatsächlichen Beweggründe angegeben hat.»

Die Abreise der Familie Villard nach Wien war für den Herbst vor-

gesehen. In der Zwischenzeit arbeitete der Friedenskämpfer unentwegt an der Vernetzung von Personen und versuchte schier Unmögliches: den Brückenschlag zwischen Schweizerischer Friedensbewegung/Weltfriedensrat auf der einen und Schweizerischer Friedensrat und weiterer Bewegungen auf der andern Seite. Tatsächlich erreichte er, dass sich am 27. Mai 1961 die beiden Leitungsmitglieder des Internationalen Friedensinstituts aus Wien, der Franzose Fernand Vigne und der sowjetische Völkerrechts-Professor Victor M. Tchikvadze, in Lausanne sowohl mit SFB-Mitgliedern wie dem Genfer Gewerkschafter Armand Magnin oder der Tessinerin Margarethe Hardegger wie auch mit Vertretern von Quäkern, Kriegsdienstgegnern, Studierenden und dem ehemaligen Präsidenten des Friedensrates, Max Habicht trafen.

Villard erachtete die Lausanner Aussprache als Erfolg. Ein erster Schritt vom grossen Dissens zum klei-

April 1962 bekanntlich verloren ging. Noch war er gleichzeitig Sekretär der Schweizerischen Friedensbewegung und organisierte auch die Schweizer Delegation an den Weltkongress für allgemeine Abrüstung und Frieden vom Juli 1962 in Moskau. Im Gegensatz zum Kongress vier Jahre zuvor sah sich sein Redebeitrag von seinen Mitstreitern hingegen zur «persönlichen Erklärung» herabgestuft: Die unmissverständliche Verurteilung des sowjetischen Kernwaffenversuchs vom Oktober 1961, die er wie Dutzende anderer Redner im Moskauer Kreml zum Ausdruck brachte, fand in ihrer Schärfe nicht mehr die ungeteilte Zustimmung seiner Delegation. «Die amerikanischen Versuche empören uns», hielt Villard in Moskau fest. «Aber nicht mehr und nicht minder jene der UdSSR vom letzten Jahr.» Die ehrlichen Leute glaubten mit Recht, «dass die Atombombe ein Übel an sich ist, und dass es keine «guten Atombomben für den Frieden» und «keine schlechten Atombomben für den Krieg» gibt, aber, dass alle Bomben zu verurteilen und zu vernichten sind.»

Diese Äquidistanz in der Schuldzuweisung konnten nicht alle Mitglieder der Schweizerischen Friedensbewegung nachvollziehen und allzu schnell waren einige wohl bereit, die Kritik an der sowjetischen Militärpolitik mit Antisowjetismus und schliesslich Antikommunismus gleichzusetzen. Auf alle Fälle komplizierten sich die Beziehungen zwischen der Friedensbewegung und Villard, und das Angebot des Pazifisten René Bovard, das schweizerische Sekretariat der Kriegsdienstgegner zu übernehmen, kam ihm im August 1963 schliesslich zu pass. Die Kontakte zum Weltfriedensrat hielt Villard noch während Jahren aufrecht. So nahm er 1965 am Weltkongress für den Frieden von Helsinki ebenso teil wie an den Vorbereitungen zum Moskauer Weltfriedenskongress vom Oktober 1973: Diesmal jedoch bereits im Namen des Schweizerischen Friedensrates und als Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei.

Arthur Villard, dessen ausgeprägte Eigenständigkeit im Denken oft als Sturheit missverstanden worden ist, hat sich zeitlebens einen aufrechten Gang bewahrt, den Zorn gegen Ungerechtigkeiten und die Sehnsucht nach einem friedlichen Zusammenleben. Wie schrieb doch Ldj. Bill in der ersten politisch motivierten «Leumunderhebung i/S. Villard» vom 6. Juni 1949? «Villard besitzt einen eigenwilligen Charakter, der nicht von seinen Ideen abzubringen ist.»

Quellen: Archiv der SFB; Bundesarchiv/Dossiers Polizeidienst Bundesanwaltschaft; Nachlass Villard Schweiz. Sozialarchiv; «Vorwärts»

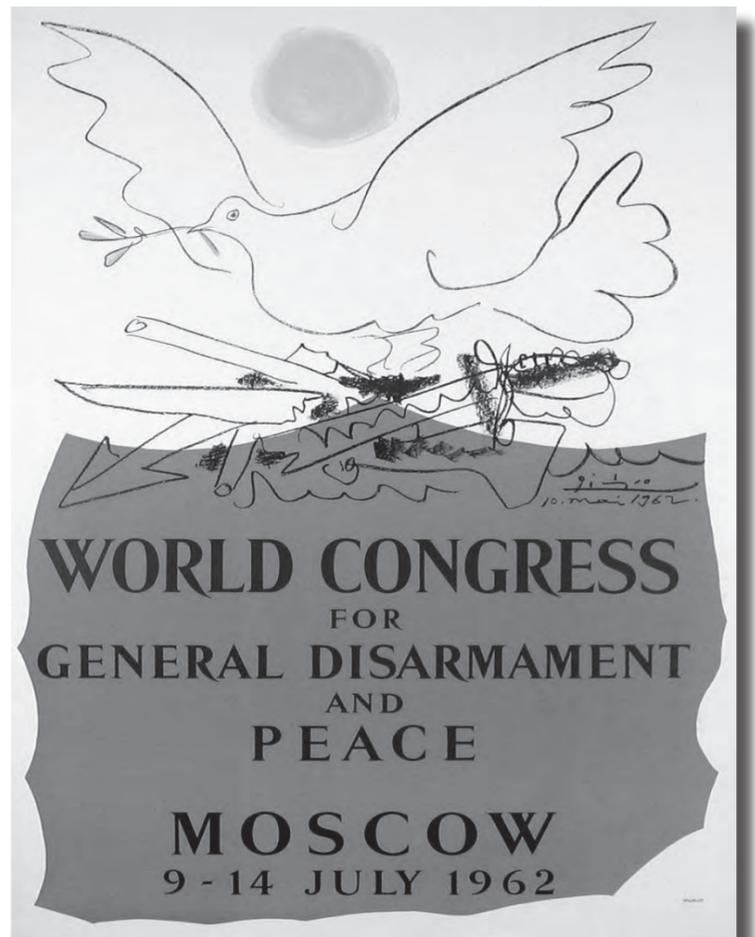
Gedenkfeier, Broschüre und Postulat

Am Samstag, 28. Oktober 2017, findet in der Stadtbibliothek von Biel, Dufourstrasse 26, um 17.00 Uhr zum Gedenken an Arthur Villard und sein vielfältiges Wirken eine Feier statt. Eintritt frei – Kollekte.

Das Personenkomitee, welches die Feier initiierte und durchführt, schreibt dazu: «Der Bieler Pädagoge, Politiker und Friedenskämpfer Arthur Villard, 1917 in Lausanne geboren, war die meiste Zeit seines Lebens in Biel als Lehrer wie Politiker aktiv und prägend. Er unterrichtete an der Primarschule, inspiriert vom Reformpädagogen Célestine Freinet, nach dem Modell der «Aktiven Schule», war Mitglied des Stadtrats und des Gemeinderats, hat als SP-Grossrat und als Nationalrat entschieden die Interessen der Bevölkerung der Region Biel-Seeland-Jura vertreten. Daneben war er ein unermüdlicher Friedenskämpfer, so gegen die atomare Aufrüstung der Schweizer Armee und vor allem für einen Zivildienst für Militärverweigerer – was ihm mehrere Gefängnisstrafen eintrug.»

Bereits erschienen ist eine 36seitige, zweisprachige Broschüre, die unter dem Titel «Arthur Villard – Ein Leben für Frieden und Gerechtigkeit» die wichtigsten Stationen dieses Lebens in Erinnerung ruft. Sie kann zum Preis von Fr. 5.– (inkl. Porto) auf dem Sekretariat der SFB bezogen werden (SFB, Postfach 2113, 4001 Basel, 061 681 03 63, sfb@bluewin.ch).

Im Stadtrat von Biel reichten Ratsmitglieder u.a. der SP und der PdA ein dringliches Postulat ein, in welchem der Gemeinderat aufgefordert wird, eine Strasse oder einen Platz in der Stadt nach Villard zu benennen. Das Postulat wird nach Drucklegung dieser Zeitung im Bieler Stadtrat zur Sprache kommen.



Plakat von Picasso zum Moskauer Friedenskongress von 1962. Arthur Villard und zahlreiche andere Friedenskräfte westlicher Länder nutzten die Tribüne, um neben der US-Atompolitik auch die nuklearen Tests der Sowjetunion zu verurteilen. War sich die Schweizer Delegation in der Ablehnung sämtlicher Tests einig, so gab es Differenzen bezüglich ihrer politischen Wertung. Foto Archiv

Unermüdlich gegen Krieg und Imperialismus SFB-Jahrestagung

Am 13. Mai 2017 kamen zahlreiche Mitglieder und Interessierte der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) im Restaurant Rebhaus in Basel zur Jahrestagung zusammen.

Von Julia Hoppe

Die Sekretärin der Schweizerischen Friedensbewegung, Julia Hoppe, konnte zahlreiche Mitglieder und Interessierte begrüßen. Sie bedankte sich für die gute Mitarbeit und berichtete von steigenden Mitgliederzahlen sowie zunehmendem Interesse an der Arbeit der Friedensbewegung. Des Weiteren verliest sie das Protokoll der Jahrestagung 2016, welches einstimmig angenommen wird und präsentiert einen Rückblick, aus Sicht des Sekretariats, auf das Jahr 2016. Darin verweist sie u. a. auf die erfolgreiche Durchführung des Weltfriedentages mit Dr. Daniele Ganser sowie die Berufung ins Exekutivkomitee des Weltfriedensrats an der Generalversammlung in Brasilien im November.

Die Zeitung der SFB «Unsere Welt» erscheint bereits im 40. Jahr. Sie ist das Herzstück der Bewegung und ermöglicht es den Mitgliedern und Sympathisanten, fernab der Massenmedien eine andere Perspektive zu erlangen.

Der verantwortliche Redaktor Martin Schwander bemerkt dazu, dass es keine Selbstverständlichkeit sei, auch nach 40 Jahren noch über eine derartige «Waffe» zu verfügen. «Dass dem so ist, ist ganz vielen Menschen geschuldet. In erster Linie natürlich Joe Stebler, der vor 40 Jahren nicht nur die Notwendigkeit sah, der Medienmanipulation ein eigenes Informationsmittel entgegenzustellen, sondern auch den Mut hatte, die UW ins Leben zu rufen. Aber alleine hätte er das ja nicht machen können: Er brauchte dazu Tausende von Menschen, die mit ihren Spenden die finanzielle Basis geschaffen haben, die Dutzenden von Helferinnen und Helfern, die dafür gesorgt haben, dass die Zeitung zu ihren Lesern kommt. Und es hat die Nachhaltigkeit einer Organisation gebraucht wie die Schweizerische

Friedensbewegung, die nicht jeder Modeströmung nachgehüpft ist, sondern sich beharrlich und auf breiter Basis für Frieden und Abrüstung, für Solidarität eingesetzt hat und sich einsetzt.»

Heute sei alles etwas bescheidener geworden: Statt 50 000 Exemplaren würden wir noch 3000 Exemplare vertreiben. «Aber auch dazu braucht es Finanzen, also Spenderinnen und Spender, und es braucht viele Köpfe und viele Hände, bis dass die Informationen, die uns wichtig scheinen im Friedenskampf, ans Ziel gelangen. All diesen Köpfen und Händen und Portemonnaies, jenen die vor 40 Jahren schon dabei gewesen sind und jenen, die sich heute engagieren, gilt der Dank von uns allen.»

Die Jahresberichte werden mit Applaus genehmigt.

Der Kassen- und Revisorenbericht wird einstimmig genehmigt und dem Kassier die Decharge erteilt und für seine Arbeit gedankt. Die Budgetvorstellungen für 2017/2018 werden genehmigt. Den Revisorinnen Annaliese Nicolodi und Magdalena Hohl wird für ihre wichtige und genaue Arbeit gedankt und sie werden auch für das kommende Jahr bestätigt.

Franziska Genitsch, Christoph Jäggi, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Monika Waser, Louise Stebler, Sämi Wanitsch, Martin Schwander und Julia Hoppe werden en globo wieder in den Vorstand gewählt. Julia Hoppe wird als Sekretärin bestätigt.

Während der Jahrestagung werden verschiedene Ideen zur Arbeit der Friedensbewegung diskutiert und der Austausch über die aktuellen friedenspolitischen Themen gepflegt. In Zukunft soll eine Möglichkeit geschaffen werden, bei der sich Mitglieder und Friedensinteressierte vermehrt einbringen und an Themen arbeiten können.

Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen

Druck auf Atomwaffen-Staaten

Der Atomwaffenverbotsvertrag, Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW), wurde am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen, einer Enthaltung und einer Gegenstimme beschlossen. Er wird ab dem 20. September 2017 zur Unterzeichnung freigegeben. Neunzig Tage nach der Unterzeichnung und Ratifizierung von 50 Staaten wird er in Kraft treten. Damit werden Atomwaffen weltweit stigmatisiert und delegitimiert. Xanthe Hall und Birte Vogel von den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkriegs IPPNW haben die Atomwaffenverbotsverhandlungen in New York verfolgt. Wir dokumentieren ihrer Analyse leicht gekürzt.

Niemand denkt, dass durch dieses Verbot Atomwaffen sofort abgerüstet werden. Es geht hier vielmehr um eine Änderung des Diskurses. Durch die Aberkennung der vermeintlichen Legitimität der Atomwaffen, die aus dem Atomwaffensperrvertrag stammt, wird auch die nukleare Abschreckung in Frage gestellt. Darf ein Staat drohen, Massenmord zu begehen, um einen anderen Staat von einem Krieg oder gar einem Atomwaffeneinsatz abzuhalten? Nach diesem Vertrag nicht mehr.

Die Verbote

Aus der Präambel des Vertrages ist zu entnehmen, dass die katastrophalen Folgen eines Einsatzes und die Risiken, die die schlichte Existenz der Atomwaffen mit sich bringen, ein Verbot von Atomwaffen rechtfertigen. Der Vertrag verbietet unter jeglichen Umständen den Einsatz von Atomwaffen. Auch die Drohung mit Atomwaffen wird untersagt, was bedeutet, dass auch die nukleare Abschreckung unter das Verbot fällt.

Der Vertrag verbietet allen Staaten, die ihn unterzeichnen, die Entwicklung und Herstellung oder den anderweitigen Erwerb von Atomwaffen. Es folgt zudem logischerweise ein Verbot des Besitzes und der Lagerung von Atomwaffen.

Auch Hilfeleistung zu diesen Aktivitäten ist Staaten untersagt. Darunter fällt beispielsweise die nukleare Teilhabe der NATO, in deren Rahmen die US-Atomwaffen in fünf europäischen Ländern gelagert sind. Von diesen Stützpunkten aus würden die Atomwaffen im Ernstfall mit Hilfe des Militärs der jeweiligen Staaten eingesetzt werden. Alle NATO-Staaten nehmen momentan an der nuklearen Planung teil. Würde ein NATO-Mitglied sich dem Vertrag anschliessen, dürfte es nicht mehr an solchen Aktivitäten teilnehmen. Zusätzlich ist die Stationierung auf fremden Territorien untersagt. (...)

Die Eliminierung

Ziel der Verhandlungen – laut Mandat der Resolution der UN-Vollversammlung – war neben dem Verbot von Atomwaffen auch ein Vertragswerk, das zur Eliminierung von Atomwaffen beitragen kann. Der Vertragstext orientiert sich nun an anderen Verträgen, die Massenvernichtungswaffen ächten, wie die Konventionen zu chemischen und biologischen Waffen, sowie dem Anti-Personenminenvertrag und dem Streumunitionsvertrag. Diese Formulierungen hatten viele Staaten somit schon einmal akzeptiert. Damit war die Voraussetzung für einen Konsens gegeben.

Der Vertrag lässt unterschiedliche Möglichkeiten zum Beitritt zu. Zum einen kann ein bestehender Atomwaffenstaat sich dem Vertrag erst anschliessen und danach seine Atomwaffen eliminieren (join and destroy). Es ist jedoch auch möglich, andersherum vorzugehen: erst abrüsten und danach dem Vertrag beitreten (destroy and join).

Ein Atomwaffenstaat, der plant, dem Vertrag beizutreten, muss alle Informationen über seinen Atomwaffenbestand offenlegen, seine Atomwaffen ausser Betrieb nehmen und einen Plan vorlegen, wie sie zerstört werden. Der Zeitraum für die Zerle-

gung soll begrenzt sein. Dieser ist jedoch noch nicht im Vertrag definiert. Die Organisation, die die Zerstörung überprüft und mit dem Staat einig wird, wie viel Zeit benötigt wird, ist ebenfalls noch nicht benannt. Die Strategie im Vertragstext, vieles offen zu halten, lässt Atomwaffen- und anderen Staaten später mehr Spielraum, ihren Beitritt zu verhandeln. Alles was im Vertragstext bereits festgeschrieben wird, könnte spätere Prozesse erschweren und blockieren. Trotzdem behalten die Vertragsparteien die Kontrolle über den weiteren Prozess.

Für die Staaten, die momentan im Rahmen der nuklearen Teilhabe Atomwaffen lagern und Infrastruktur sowie Trägersysteme zur Verfügung stellen, gibt es explizit einen Weg zum Beitritt, in dem sie zuerst und innerhalb einer bestimmten Zeit den Abzug der Atomwaffen veranlassen.

Verifikation

Im Atomwaffensperrvertrag wird die Verifikation des Verzichts auf Atomwaffen aller Staaten, ausser der fünf im Vertrag genannten Staaten im Besitz von Atomwaffen, durch ein Abkommen mit der IAEO gesichert (Safeguards). Dieses Vorgehen wird im Verbotsvertrag übernommen. Alle bereits bestehenden Abkommen mit der IAEO werden beim Beitritt einfach übernommen. Wenn ein Staat das zusätzliche Protokoll zum sogenannten Safeguards-Abkommen unterzeichnet hat, gilt dieses ebenfalls weiter. Jede Vertragspartei muss zumindest ein einfaches Safeguards-Abkommen ohne Zusatzprotokoll abschliessen beziehungsweise abgeschlossen haben.

Einige Staaten halten diese Regelung für nicht ausreichend. Es wurde vorgeschlagen, dass alle beitretenden Staaten das Zusatzprotokoll unterschreiben müssten. Dies ist ein aus den Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag bekannter Streit. Immer wieder zögern Staaten, aus verschiedenen Gründen das Zusatzprotokoll zu unterschreiben. Der Verbotsvertrag soll jedoch nicht mit diesen Auseinandersetzungen belastet werden. Diese Debatte soll lieber im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags weitergeführt und dort gelöst werden.

Austritt

Viele Vertragsstaaten wollten ursprünglich keine Austrittsklausel. Auch die Zivilgesellschaft hat dafür plädiert. Als Argument wurde vorwiegend der Widerspruch eines Austrittsrechts gegenüber dem Verbot genannt. Ein Staat, der der Überzeugung ist, dass Atomwaffen keine Sicherheit bringen, sondern durch die katastrophalen humanitären Folgen eher die Sicherheit bedrohen, sollte logischerweise auf ein Austrittsrecht verzichten.

Manche Staaten haben dagegen argumentiert, dass es immer ein souveränes Recht auf Austritt aus einem Vertrag geben müsse. Ein Austritt sei nicht unbedingt gleichbedeutend mit der Absicht eines Staats, Atomwaffen zu erwerben.

Nach zähen Verhandlungen wurde ein Kompromiss erreicht, der nun eine Austrittsklausel beinhaltet. Der Austritt hat eine Kündigungsfrist von einem Jahr. In dieser Zeit darf der

Staat in keinem bewaffneten Konflikt verwickelt sein. Diese Klausel wurde aus dem ATT-Vertrag (Arms Trade Treaty) übernommen.

Auch wenn der Austritt damit eingeschränkt ist, ist dennoch vorstellbar, dass ein Staat plant, Atomwaffen zu entwickeln, ohne schon in einem bewaffneten Konflikt zu sein. Ein Jahr ist zudem sehr kurz, um einen Konflikt zu schlichten oder einen Staat zu überzeugen, dass er weiterhin auf Atomwaffen verzichten sollte. Hier wären weitere Auflagen oder eine längere Kündigungsfrist hilfreich gewesen.

Der Wunsch, die Austrittsklausel zu streichen, fand viel Zuspruch unter den verhandelnden Staaten, dennoch wurde dem Kompromiss zugestimmt, um den Beitritt möglichst vieler Staaten zum Vertragswerk zu sichern.

Verantwortung für das nukleare Erbe

Sehr positiv zu bewerten ist die Verpflichtung aller Staaten, die Sorge für Opfer von Atomwaffeneinsätzen und –tests in Form von medizinischer und psychologischer Unterstützung, Rehabilitation und vor allem auch Schutz vor Diskriminierung zu tragen. Wichtig ist auch die Verpflichtung der Staaten zur Umweltherehabilitation. Diese Aspekte der humanitären und ökologischen Auswirkungen wurden im bisherigen Diskurs selten erwähnt und damit auch wenig anerkannt.

Neben oben genannten Aspekten beinhaltet der Vertrag auch eine Anerkennung von genderbezogenen Auswirkungen. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Frauen und Mädchen von den Folgen eines Atomwaffeneinsatzes sowie Tests stärker betroffen sind.

Diese Errungenschaften sind der Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Verhandlungen zu verdanken. In diesem Punkt unterschieden sich die Verhandlungen und auch der Vertrag von früheren Prozessen. Es ist eine Stärke des Vertrags, dass er diese Erkenntnisse erwähnt und die realen Folgen dieser Massenvernichtungswaffen den sicherheitspolitischen und oft als «realistisch» bezeichneten Argumenten von Atomwaffenstaaten und ihren Verbündeten gegenüberstellt. Dieser über lange Zeit dominierende Diskurs neigt dazu, die faktischen und wissenschaftlich belegten katastrophalen Auswirkungen von Atomwaffen zu verschleiern.

Was bedeutet der Vertrag für die Abrüstung?

Der Vertrag muss sich zunächst im internationalen Völkerrecht etablieren und argumentativ angewendet werden. Dies wird sicherlich im Rahmen der Konferenzen zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags geschehen. Mit dem TPNW haben die atomwaffenfreien Staaten jetzt ein Mittel, mehr Druck auf die Atomwaffenstaaten in Bezug auf ihre Abrüstungsverpflichtung auszuüben.

Auch die Zivilgesellschaft kann den Vertrag in ihrer Arbeit nutzen und fordern, dass die Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartnern sich nicht nur auf schwache Totschlagsargumente wie «Realpolitik» stützen. Sie sind nun politisch verpflichtet, sich mit dem Atomwaffenverbot auseinanderzusetzen. Künftige Regierungen und Parlamenten werden immer wieder prüfen müssen, ob sie nicht doch mit der Mehrheit der Staaten einig werden und Atomwaffen ein für alle Male abschaffen wollen.

Der Wortlaut der Erklärung kann auf der Homepage der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges IPPNW nachgelesen werden: ipnw.de



Wider die Antisemitismus-Keule

Nicht schweigen!

Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) hat im Juni 2016 gemeinsam mit der BDS Zürich, Tierrechtsgruppe Zürich, PdA Zürich und weiteren Organisationen die Erklärung «Nicht Schweigen angesichts von Kriegsverbrechen, Besatzung und Apartheid – Freiheit für Palästina!» der kommunistischen Jugend Zürich unterzeichnet. Der Wortlaut der Erklärung kann unter www.kommunistischejugend.ch nachgelesen werden.

Anlass zu dieser Erklärung gab eine zweiteilige Vortragsreihe, organisiert durch eine vorgeblich linke «Initiative gegen Antisemitismus Zürich» und die Einladung zweier antideutscher Leitfiguren (Jutta Ditfurth und Alex Feuerherdt). Beide erheben den Vorwurf des Antisemitismus gegen Friedensbewegte und linke Antiimperialisten, die sich als Teil der solidarischen Bewegung für ein freies Palästina verstehen.

Jutta Ditfurth und Alex Feuerherdt befürworten mit ihrer Haltung die israelische Regierungspolitik und setzen damit Judentum, Israel und Zionismus gleich. Kritik an der israelischen Kriegs- und Besatzungspolitik lässt sich unter dieser Verkehrung der Tatsachen als antisemitisch verkaufen, woraus auch die Rechten politisches Kapital schlagen.

Die SFB zeigt sich solidarisch mit den seit 69 Jahren vertriebenen Palästinensern, die im Zuge der Staatsgründung Israels ihre Heimat verlassen mussten und stellt sich auch hinter die BDS-Bewegung (Boycott,

Desinvestition und Sanktionen gegen Israel), die sich seit Jahren weltweit für die Interessen der palästinensischen Zivilbevölkerung einsetzt. Der Annexion und der Blockade palästinensischer Gebiete tritt BDS u.a. mit dem Boykott israelischer Waren entgegen. Die israelische Regierung und Wirtschaft drohen mit Ein- und Ausreiseperrnen, Verleumdungen und Verhaftungen. Unterstützung erfährt die israelische Regierung von Personen wie Ditfurth und Feuerherdt, die den Antisemitismus-Vorwurf von Europa aus zusätzlich befeuern.

Der Kampf der Palästinenser ist ein Kampf vieler Völker. Ein Kampf um grundlegende Rechte: Wasser, Energie, Nahrung und Gesundheit. Die Schweizerische Friedensbewegung unterstützt die palästinensischen Bevölkerung in ihrem Kampf gegen den Krieg, die Besatzung, den Rassismus und die Apartheid. Die Antisemitismuskritik stehen im krassen Gegensatz zu unseren Grundsätzen gemeinsam mit den Unterdrückten der Erde zu kämpfen.

WFR an Brüsseler Anti-NATO Kundgebung

Peace Yes, NATO No

Am 24. und 25. Mai 2017 fanden sich über 80 Personen von 21 Organisationen aus 15 Ländern in Brüssel ein, um im Rahmen der «Yes to Peace – No to NATO» Kampagne des Weltfriedensrates (WFR) ein Zeichen zu setzen.

Der Weltfriedensrat beteiligt sich mit seiner Kampagne auch 2017 an Aktionen und Protesten gegen die NATO, die von Millionen von Friedensbewegten als der «bewaffnete Arm des Imperialismus» definiert wird.

In Brüssel richteten sich die Proteste gegen das NATO-Gipfeltreffen vom 25. Mai. Neben einer Grosskundgebung organisierte INTAL, die belgischen Kolleginnen und Kollegen der Schweizerischen Friedensbewegung und wie sie Mitglied des WFR, einen öffentlichen Anlass mit zahlreichen Besuchern, um auf die Verbrechen der

NATO aufmerksam zu machen und ihre lange Liste von Interventionen, Putschen, Aggressionen und Kriegen zu brandmarken. Besonderes Augenmerk erhielt dabei die Situation in Syrien und der Ukraine sowie der palästinensischen politischen Gefangenen, die sich im Hungerstreik befanden.

Die Tagung von INTAL und Weltfriedensrat bekräftigte die Forderung nach der Auflösung der NATO und die Unterstützung des Kampfes der friedliebenden Kräfte in den NATO-Mitgliedstaaten für die Abkoppelung bzw. den Rückzug aus der NATO.

Talon zum Mitbewegen

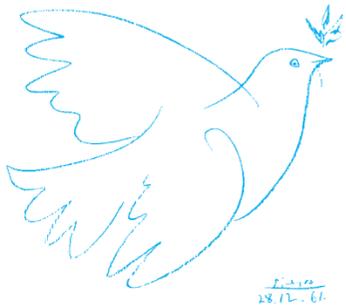
Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____ Mail (fak.): _____
 PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!



Seit 35 Jahren im Besitz der Genossenschaft Riehentor: Das preisgekrönte, über bald 550jährige Gebäude an der Riehentorstrasse 25–27, Sitz der Schweizerischen Friedensbewegung. Foto rumo.

Niemand musste den letzten Ziegel verpfänden Gelebte Solidarität

-rumo. Ende der siebziger Jahre, als die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) immer breiter wurde und ihr Domizil – im Keller von Optiker Keller – eindeutig nicht mehr genügte, musste eine Lösung für neue Büroräume her. Damit für die Miete nicht wertvolle Spendengelder ver(sch)wendet würden, sollte es ein Objekt mit Lokal und Versammlungsraum sein, aus dem die laufenden Mittel erwirtschaftet werden.

Allerdings wollte damals niemand die SFB als Mieterin und Betreiberin eines Friedenscafés haben. Was tun? Selber kaufen!

Die Brauerei Wardeck verkaufte in dieser Zeit viele ihrer Liegenschaften. Ein geeignetes Objekt wurde schnell gefunden. Die Häuser Riehentorstrasse 27 und 29 mit dem Restaurant Torstübli. Jetzt galt es schnell Geld aufzutreiben. Zu diesem Zweck wurde am 8. September 1982 die Genossenschaft Riehentor Basel, gegründet. Der Kauf ist auf den 1. Oktober geplant, am 10. September ist eine Anzahlung fällig ...

Das ist der Beginn einer spannenden und nun bereits 35-jährigen Geschichte. Zum Beispiel eine Geschichte mit Kämpfen um die Finanzierung. Als die Kantonalbank eine Bürgschaft verlangte, haben verschie-

dene Mitglieder diese gestellt und hätten bei einem Misserfolg mit ihrem persönlichen Vermögen gehaftet.

Als die Brauerei Wardeck von ihren Sicherstellungshypotheken zurücktrat und damit die Genossenschaft in den Ruin trieb, haben Julius und Gertrud Jäggi zusammen mit Hans und Louise Stebler Kredite auf ihr Wohneigentum aufgenommen und so den Konkurs der Genossenschaft abgewendet. «Den

Einladung zum Aperó

Alle Friedenfreunde sind herzlich eingeladen, am **Freitag, den 15. September 2017, 17–19 Uhr**, im hinteren Garten des Restaurant Torstübli, mit uns anzustossen und viele weitere Geschichten zu erfahren.

Für beste musikalische Unterhaltung ist mit dem Sicherheitsorchester gesorgt.

letzten Ziegel werde ich verpfänden» monierte dazumal Pfarrer Jäggi.

Es ist aber auch die Geschichte von unzähligen Stunden Freizeitarbeit in der Instandstellungsphase, eine Geschichte gelebter Solidarität und heute einfach eine Erfolgsgeschichte die es zu feiern gilt.

Dieter Dehms Roman «Bella Ciao» jetzt als Hörbuch

Verlorene Hoffnungen

«Bella ciao», das in vielen Fassungen existierende Volkslied, Liebeslied und Kampflied der Partisanen steht im Mittelpunkt des vor zehn Jahren bei Das Neue Berlin erschienenen Erfolgsromans von Diether Dehm über die Resistenza. 2017 als Taschenbuch neu aufgelegt, liegt es jetzt als Hörbuch* vor.

Von Gerhard Feldbauer

«An ihrer Schulter, da wird es hell schon
Oh bella ciao, bella ciao, bella ciao,
ciao, ciao.

Es war so warm hier, an deinem Arm hier
Da draussen werd' ich bald schon
frier'n.»

Ade, du Schöne, Ade, meine Liebe, das sagt, dass es «etwas Schreckliches ist, früh aufzustehen, eine schöne Frau zu verlassen und sich irgendwo eine Kugel einzufangen ...» Aber auch, dass es nicht anders geht, wenn man das Leben liebt, für das Menschliche einsteht. Und so ist Dehms Erzählung eingebettet in die Liebesgeschichte zwischen Anna, der Partisanin aus dem Volk, Renzo, dem Dichter aus kleinbürgerlichem Hause und intellektuellen Kommunisten, dessen Buckel an Gramsci erinnert, und Giuseppe, dem Kommandeur der kommunistischen Garibaldi-Brigaden, und in die Konfrontation mit dem Führer der Schwarzhemden, Attila, Jugendfreund Annas und Renzos.

Auch wer den Roman gelesen hat, wird mit dem Hörbuch ein zusätzliches Erlebnis haben. Die leise, unaufdringliche Musik ist einfühlsam auf den ausdrucksstarken von Peter Sodann vorgetragenen Text des spannenden Buches ausgerichtet. Dehm hat gemeinsam mit dem musikalischen Leiter des Oktoberklubs der DDR, Michael Letz, neun Melodien komponiert und eingefügt, die den langjährigen Umgang der beiden mit den Kompositionen von Hanns Eisler erkennen lassen.

Peter Sodann zeigt die typisch epische Erzählerhaltung eines Schauspielers vom Berliner Ensemble, wo er durch Helene Weigel geformt wurde. Vielleicht mehr noch als die Printausgabe geht das Hörbuch zu Herzen. Man spürt die Parteinahme, die zum Nachdenken anregt, was uns das Erbe der Resistenza heute zu sagen hat.

Schauplatz Lago Maggiore

Die Handlung setzt nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 ein. Als die Wehrmacht am 8. September 1943 Nord- und Mittelitalien besetzt, konstituiert sich auf Initiative der IKP ein Nationales Befreiungskomitee (CLN), entstehen erste Partisanengruppen. Schauplatz sind die Berge westlich des Lago Maggiore. Einer der Kommandanten, Pippo (Filippo Frassati), ist eine echte Person. Im Frühjahr 1945 befreite er mit seiner Garibaldi-Brigade Cannobio. Dehm gelingt es am Beispiel seiner Helden darzulegen, wie ungeheuer schwierig es war, aus den ersten, spontan entstandenen kleinen Partisanengruppen der verschiedensten Parteien des CLN kampfstärke zusammenwirkende Abteilungen und Brigaden zu formieren, gegen welche die Wehrmacht bereits

Anfang 1944 15 Divisionen einsetzen musste. Die Alliierten versuchten, die Kampfhandlungen der von den Kommunisten dominierten Partisanenarmee zu bremsen. Während der britische General Landcroft im schweizerischen Locarno mit Renzo vorgeblich über den gemeinsamen Kampf berät, ist seine Tochter Margret erstaunt, von einem seiner Stabsoffiziere zu hören, die Partisanen seien «Verbündete, derer man sich über kurz oder lang wieder entledigen muss». Er hat nichts dagegen, dass «die sich erst mal mit den Nazis herumprügeln», denn es sind «dann ein paar weniger, die später die Diktatur ausrufen können». «Deutsche oder Russen – sollen sich nur erst mal viele totschiessen». Dem entspricht auch sein Bekenntnis, dass es kein Interesse gibt, den Krieg zu verkürzen. Ob er «1944, 1945 oder im Jahr darauf beendet wird, bleibt sich gleich».

Verwirklichte Träume...

So bekommt Renzo denn auch mit, dass nicht vorgesehen ist, im Norden einen Brückenkopf der Alliierten zu bilden.

Dieselbe Margret, deren «raffiniert geschlitzter Rock machte, dass die Männer ihre Blicke hinter ihr her schickten», geht zu Renzo in die Berge. Die einstige Pfadfinderin schlägt sich tapfer, bleibt standhaft, auch als sie Attila in die Hände fällt. Sie beginnt zu verstehen, dass den Faschismus zu beseitigen wohl tiefer gehen muss, als ihm nur die Waffen aus der Hand zu schlagen. Als Renzo in den 70er Jahren stirbt, ist sie eine Labour-Linke und spricht an seinem Grab. Nicht nur hier gestaltet Dehm Bündnispolitik.

Zur Sprache kommen die unterschiedlichen Meinungen über die Zukunft Italiens nach dem Krieg, Radikalismus, die Ungeduld, endlich loszuschlagen, so auch das Thema der Partisanenrepubliken, von denen eine im Ossola-Tal existierte. Sie konnte nicht gehalten werden. War es zu früh, diesen Schritt zu gehen? Viele widersprechen. «Es waren die schönsten Tage meines Lebens. Alles, wovon wir seit Jahren geträumt haben, wurde Wirklichkeit», sagt einer der Partisanen.

...und verlorene Hoffnungen

Die Handlung endet im Frühjahr 1945. Renzo und Giuseppe gehören zu dem Partisanenkommando, das am 27. April das vom CLN verhängte Todesurteil an Mussolini vollstreckt. Zu dieser Zeit war die Partisanenarmee auf 256 000 reguläre Kämpfer angewachsen. 153 000 von ihnen waren Kommunisten, von den 70 000 Gefallenen trugen 42 000 das rote Halstuch der Garibaldiner.

Renzos Partei war zu dieser Zeit auf 2,2 Millionen Mitglieder angewachsen. Bei den Wahlen zur Verfassung-

gebenden Versammlung im Juli 1946 wurde sie von 4 356 686 Italienern (18,9 Prozent) gewählt. In den nächsten Jahren stiegen ihre Stimmen auf knapp das Doppelte an.

Bis heute bleibt die von Dehm angesprochene Frage umstritten, ob die Partisanen nach Kriegsende aus dem Schatten von Jalta hätten heraustreten und zum Aufbau des Sozialismus übergehen sollen.

Die abschliessenden Sätze darüber, wie Anna und Renzo sich Jahre später auf einem Pressefest der «Unità» begegnen, gehören zu den bewegendsten Aussagen des Hörbuches. Ihrer beider Tränen gelten nicht nur ihrer unerfüllten Liebe, sondern auch den verlorenen Hoffnungen so vieler Garibaldiner, dass es nicht gelang, die grossen Konzerne, die den Faschismus an die Macht brachten, zu besiegen.



*) Peter Sodann liest «Bella ciao – Partisanen am Lago Maggiore» nach dem Roman von Diether Dehm; Gesang: Konstantin Wecker; Musik: Michael Letz; Sounddesign, Tonregie, Musikproduktion: Matthias Müller Sunrock (Das Neue Berlin), zwei MP3-CDs, Laufzeit: 16 Stunden, ISBN 978-3-360-01316-3, ca. Fr. 35.–

Bald verfilmt?

In dem jetzt als Hörbuch erschienenen Roman, den Konstantin Wecker auch einen Abenteuerroman nannte, steckt durchaus der Stoff für einen spannenden Film über den Kampf der italienischen Partisanen. Wie zu hören, soll ein solches Projekt unter Filmproduzenten auf Interesse stossen.

Der Autor

Diether Dehm, Jahrgang 1950, der für «Die Linke» im Bundestag sitzt, ist nicht nur Romanautor, sondern auch Komponist und selbst singender Liedermacher. Der von ihm mitverfasste Song «1000 und 1 Nacht» war 1984 mehrere Wochen in den Charts.

Dehm ist auch immer wieder für Schlagzeilen gut, so wenn er 2016 das frühere RAF-Mitglied Christian Klar nach Verbüßung von 26 Jahren Haft in seinem Berliner Bundestagsbüro beschäftigte, einen minderjährigen Flüchtling aus Italien in seinem PKW zu seinem italienischen Vater nach Deutschland brachte oder sich in Talkshows für den Ex-Bundespräsidenten Christian Wulf und gegen BILD positioniert.



Redaktionsschluss
dieser Nummer:
22. August 2017